

EUROBAROMETER 61

PUBLIC OPINION IN THE EUROPEAN UNION

SPRING 2004

NATIONAL REPORT

AUSTRIA

The survey was requested and coordinated by the Directorate General Press and Communication.

This report was produced for the European Commission's Representation in Austria.

This document does not represent the point of view of the European Commission.
The interpretations and opinions contained in it are solely those of the authors.

Inhaltsverzeichnis

1. EXECUTIVE SUMMARY	3
2. EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION.....	7
2.1. INFORMATIONEN ÜBER DIE EU	7
2.2. BEDEUTUNG, IDENTITÄTSEBENEN, ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN.....	14
2.3. DIE SICHTWEISE DER EU	19
3. VORHABEN UND ÄNGSTE.....	33
4. EP-WAHLEN	39
5. INSTITUTIONELLE REGELN, AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK, UND WISSEN	50
6. SONDERTHEMEN.....	57
6.1. INSTITUTIONENVERTRAUEN UND POLITISCHE INVOLVIERUNG	57
6.2. LEBENSZUFRIEDENHEIT UND AUSBLICK	59
6.3. GLOBALISIERUNG	61
7. ANNEX: EU-25 SCHLÜSSELINDIKATOREN	65

1. EXECUTIVE SUMMARY

2. Die Mitgliedschaft Österreichs in der EU wird von 30% als gute Sache und von 29% als schlechte Sache bewertet, 36% meinen sie sei weder gut noch schlecht. 38% sehen in der Mitgliedschaft in der EU insgesamt einen Vorteil für Österreich, 47% einen Nachteil. Seit dem Herbst 2002 ist eine kontinuierliche Verschlechterung eingetreten wobei die Werte vom Februar/März 2004 die schlechtesten seit Beginn der Messung (1995/1996) darstellen.
3. Nur noch ein Viertel gibt an, dass die EU für ihn oder sie ein sehr positives (7%) oder ziemlich positives (18%) Image habe, ein Drittel verweist auf ein ziemlich (24%) oder sehr negatives (8%) Image; am relativ stärksten verbreitet ist mit 37% ein neutrales Image. Im Herbst 2003 bezeichnete noch ein Drittel das Image als positiv bzw. ein Viertel als negativ. Von den europäischen Institutionen weisen der Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof und die Europäische Zentralbank eine eindeutig positive Vertrauensbilanz auf. Dem Parlament bringen gerade noch 43% Vertrauen entgegen, bereits 40% Misstrauen. Ombudsmann, Kommission, Regionalausschuss, Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ministerrat hält man mehrheitlich nicht für vertrauenswürdig. Alle europäischen Institutionen haben seit dem Oktober 2003 an Vertrauen verloren und mehr Misstrauen erhalten: am gravierendsten ist die Entwicklung im Falle des Parlaments, des Ministerrates, der Kommission und des Wirtschafts- und Sozialausschusses.
3. Als wichtigstes Thema, dem sich Österreich stellen muss, gilt im Februar/März 2004 die Arbeitslosigkeit (41% Rückgang), gefolgt von Kriminalität (Anstieg), Pensionen und wirtschaftlicher Situation. Eine mittlere Wertigkeit nehmen steigende Preise/Inflation, Gesundheitssystem (Rückgang), öffentlicher Verkehr und Einwanderung ein. Die Rolle der EU in Österreich wird bei den wichtigsten Österreichbezogenen Themen zumeist als negativ (Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Situation, Inflation) bzw. irrelevant angesehen (Pensionen), positiv nur im Hinblick auf die Kriminalitätsbekämpfung. Damit hat sich der kritische Befund vom Herbst des Vorjahres über die substantielle Aufgabenerfüllung der Union weiter verschlechtert – die einzige wirkliche Ausnahme stellen Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung dar (positive Rolle) bzw. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (konstante Zuschreibung einer negativen Rolle).

4. Zwei Drittel (64%) der Österreicher sind mit der Art und Weise wie die Demokratie in Österreich funktioniert sehr (12%) oder ziemlich (52%) zufrieden, ein Drittel monieren Unzufriedenheit (25% nicht sehr, 7% überhaupt nicht zufrieden). Mit dem Funktionieren der Demokratie in Europa zeigen sich 5% sehr und 35% ziemlich zufrieden; Unzufriedenheit geben 46% zu Protokoll (31% nicht sehr, 15% überhaupt nicht zufrieden). Die Kluft zwischen Demokratiezufriedenheit in Österreich (64% zufrieden, 32% unzufrieden) und Skepsis in der EU (40% zufrieden, 46% unzufrieden) hat sich seit dem Vorjahr vergrößert.
5. Dass der Aufbau Europas in einigen Ländern schneller vor sich geht als in anderen stößt bei 42% auf Zustimmung, bei 32% auf Ablehnung (26% weiß nicht). In Österreich kommt die Zustimmung zu länderspezifisch unterschiedlicher Geschwindigkeit speziell aus den Kreisen EU-freundlicher Personen. Die Erweiterung der EU um zehn neue Länder im Mai befürworten 34%, 52% lehnen dies ab. Die Meinung zur Erweiterung war im Herbst noch eher ausgeglichen. Zusätzliche Erweiterungen der EU, um in Zukunft neue Länder aufzunehmen, lehnen 59% der Österreicher ab, 25% befürworten dies.
6. Für die Zukunft erwarten 31% dass die Europäische Union in 5 Jahren eine wichtigere Rolle in ihrem täglichen Leben spielen wird als bisher, 15% sehen eine weniger wichtige Rolle und 42% keine Veränderung. Gewünscht wird eine wichtigere Rolle von 29%, eine weniger wichtige Rolle von 22% und dieselbe Rolle von 37%, d.h. die Wünschbarkeit hinkt der vermutlichen Entwicklung hinterher.
7. Die Beteiligungsabsicht für die Wahlen zum Europa-Parlament ist seit Frühjahr 2003 zurückgegangen. Es äußern eine
 - „hohe Beteiligungsabsicht“ – 41%;
 - „mittlere Beteiligungsabsicht“ – 20%;
 - „keine/geringe Beteiligungsabsicht“ – 24%.
8. Auf die Frage, auf welche Bereiche sich die nächste Wahlkampagne des Europa-Parlaments konzentrieren sollte, nennen je 49% Arbeit/Beschäftigung und Kriminalität, 48% für Österreich typische Probleme, 36% Umwelt, je 26% die Rechte der EU-Bürger und Ausbildung sowie 23% Landwirtschaft. Das geringste Interesse besteht an der Erweiterung, der Institutionenreform und der Tätigkeit des Europa-Parlaments, Außen- und Verteidigungspolitik. Als wichtigste Entscheidungsmotive gelten

- 34% ihre Meinung zu nationalen Themen
 - 33% ihre Meinung zu europäischen Themen
 - 29% die Persönlichkeit des/der Kandidaten
9. Das vorliegende Datenbild verweist auf die Wahrscheinlichkeit einer geringen Wahlbeteiligung, die noch unter der von 1999 (damals ohnehin nur mehr 49%) zu liegen kommen dürfte. Die wesentlichsten Gründe dafür sind:
- + Die Auswirkungen von Aktivitäten, Entscheidungen etc. des Europaparlaments auf die Befragten werden als eher gering eingeschätzt (28% keine Auswirkungen, Anstieg im Vergleich zum Frühjahr 2003); jedenfalls weit geringer als die der EU insgesamt, vor allem aber als die nationaler Institutionen.
 - + Obwohl ca. sechs von zehn Befragten der Ansicht zustimmen, dass EP-Wahlen wirklich wichtig sind und das Europa-Parlament mehr Macht hat als der Österreichische Nationalrat glaubt nur ein Drittel (38%) dass ihre Interessen durch die Mitglieder des EP gut geschützt werden, 50% stimmen dem nicht zu. Im Frühjahr 2003 glaubte noch fast die Hälfte an eine solche positive Aktivität der EP-Abgeordneten, während nur ein Drittel das verneinte.
 - + Das Stimmungsklima gegenüber der EU und ihren Institutionen, gerade auch dem Parlament hat sich in den letzten Jahren merkbar verschlechtert; EU-Kritiker sind jedoch weit weniger zur Stimmabgabe bereit als Befürworter der Union, ihrer Aktivitäten und Institutionen.
10. Die Turnusregelung, wonach jedes Land abwechselnd für sechs Monate den Vorsitz im Europäischen Rat stellt und somit für jedes Land die Möglichkeit besteht, regelmäßig die Präsidentschaft zu stellen, begrüßen 47% der Österreicher, 36% sprechen sich für eine Verlängerung der Präsidentschaft aus. Beinahe zwei Drittel (64%) befürworten die Beibehaltung des Veto-Rechts in bestimmten Bereichen, um wichtige nationale Interessen zu schützen, 17% wollen das Veto-Recht auf einige wenige wichtige Bereiche beschränkt und 6% gänzlich abgeschafft wissen, um die EU effektiver zu machen. Ähnlich ausgeprägt erweist sich der Wunsch nach der Beibehaltung des Prinzips „eine Stimme pro Mitgliedsstaat“ im Ministerrat unabhängig von der Bevölkerungsgröße (63%).
11. Die überwiegende Mehrheit der österreichischen Befragten tritt für einen Ausbau der gemeinsamen Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik ein. Entscheidungen über die Europäische Verteidigungspolitik will man vor allem von den nationalen Regierungen

getroffen wissen (39%), 35% bevorzugen die EU. Nur 10% möchten die Entscheidungskompetenz bei der NATO wissen. Dies bedeutet einen Meinungsumschwung, da im Herbst 2003 noch 40% der EU und nur 36% den nationalen Regierungen den Vorzug gegeben hatten.

12. Unzureichend informiert zeigen sich die Österreicher über die Verwendung der Budgetmittel der EU: 28% meinen, der Großteil des EU-Budgets werde für Verwaltungs-, Personal- und Budgetkosten ausgegeben – unter Kritikern der EU liegt dieser Prozentsatz etwa doppelt so hoch wie bei Personen mit einer EU-freundlichen Einstellung. Immerhin 19% nennen die Landwirtschaft (in Tirol eine Mehrheit), 11% Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, 10% regionale Förderung. Auf Außenpolitik und Hilfe für Länder außerhalb der EU entfallen 7%, auf wissenschaftliche Forschung 6%. 17% können diese Frage nicht beantworten.
13. An der Globalisierung nehmen die Österreicher primär negative Aspekte wahr: sieben von zehn Befragten meinen, die Globalisierung macht es schwieriger, die Qualität der Lebensmittel zu kontrollieren, die in Österreich verkauft werden, zwei Drittel vermuten eine Machtkonzentration bei großen Unternehmen auf die Kosten anderer bzw. eine Erhöhung der weltweiten Umweltprobleme; 54% befürchten eine Bedrohung für die Beschäftigung in Österreich. Positiv verweisen zwei Drittel auf die steigende Produktvielfalt in Österreich, knapp die Hälfte auf gute Möglichkeiten für österreichische Unternehmen. Bezüglich der Auswirkungen auf die Preise sind die Meinungen geteilt. Insgesamt halten 46% die Globalisierung nicht für eine gute Sache für Österreich (36% alles in allem eine gute Sache) und noch mehr vertreten die Ansicht, die Globalisierung sei für sie selbst keine gute Sache (28% alles in allem eine gute Sache).
14. Generell bringt man keiner Institution besonderes Vertrauen entgegen, die Auswirkungen der Globalisierung in den Griff zu bekommen. Am ehesten traut man dies noch der EU (22%), den Staatsbürgern selbst (21%) und Konsumentenschutzorganisationen zu (19%), gefolgt von der Österreichischen Regierung, Grünen und Umweltgruppen sowie der Welthandelsorganisation.

2. EINSTELLUNGEN ZUR EUROPÄISCHEN UNION

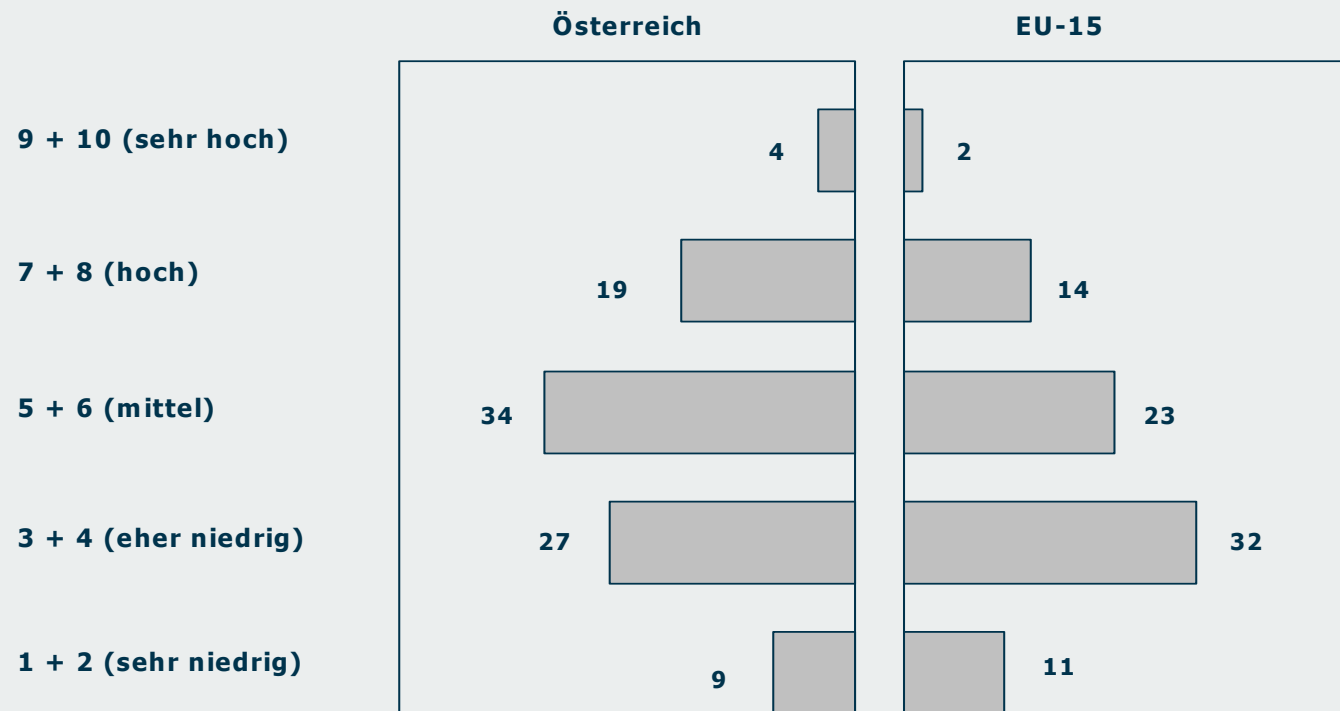
Traditionell nimmt Österreich im EU-Vergleich den **Spitzenplatz** im Hinblick auf das **subjektive Informationsniveau über die EU, ihre Politik und Institutionen** ein: auf einer 10-stufigen Skala von 1,0 (=weiß überhaupt nicht) bis 10,0 (=weiß sehr viel) entfällt auf die österreichischen Befragten ein Mittelwert von 5,08 (EU-15 Durchschnitt 4,48), das ist EU-weit das höchste subjektive Informationsniveau. Im Vergleich zum Herbst (2003) hat sich das Informationsniveau in Österreich verbessert, im EU-Durchschnitt etwas verschlechtert.

Wer derzeit nach Informationen über die EU, ihre Politik und Institutionen sucht (10% haben daran kein Interesse), findet diese primär im **Fernsehen** (72%), in den **Tageszeitungen** (56%) und im **Radio** (40%). Es folgen Zeitschriften oder andere Zeitungen (31%), persönliche Gespräche (28%), Internet (14%) sowie Bücher, Broschüren und Informationsblätter (8%) und Veranstaltungen (8%).

Über die **EU-Erweiterung** fühlen sich **48% sehr gut (5%) oder gut (43%) informiert**, etwa gleich viele weisen ein defizitäres (35% nicht sehr gut) Informationsniveau auf bzw. fühlen sich überhaupt nicht informiert (12%). Etwas besser ist das diesbezügliche subjektive Informationsniveau lediglich in Dänemark und Luxemburg.

Subjektives Informationsniveau über die EU

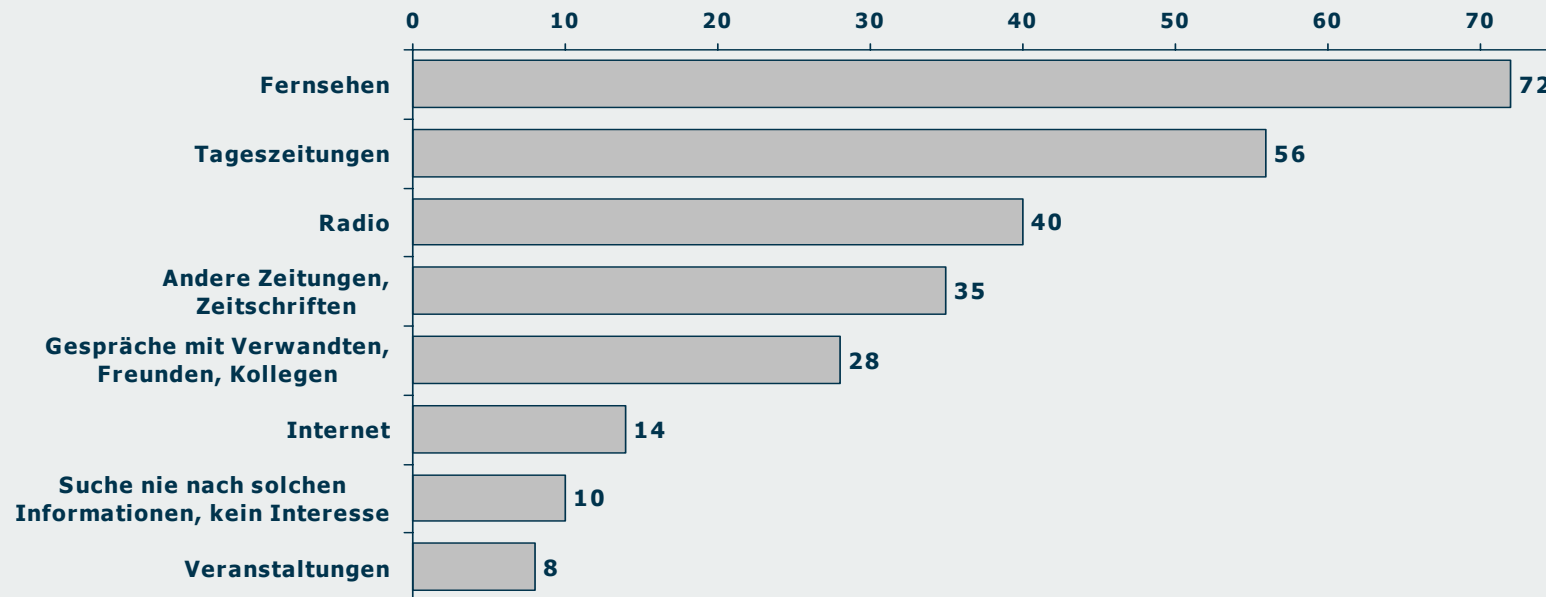
Frage 16: Stufen Sie bitte anhand dieser Skala ein, wie viel Sie über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen wissen.
1 bedeutet: weiß überhaupt nichts, 10 bedeutet: weiß sehr viel.



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Genutzte Informationsquellen

Frage 18: Welche der folgenden Quellen nutzen Sie, wenn Sie nach Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen suchen?

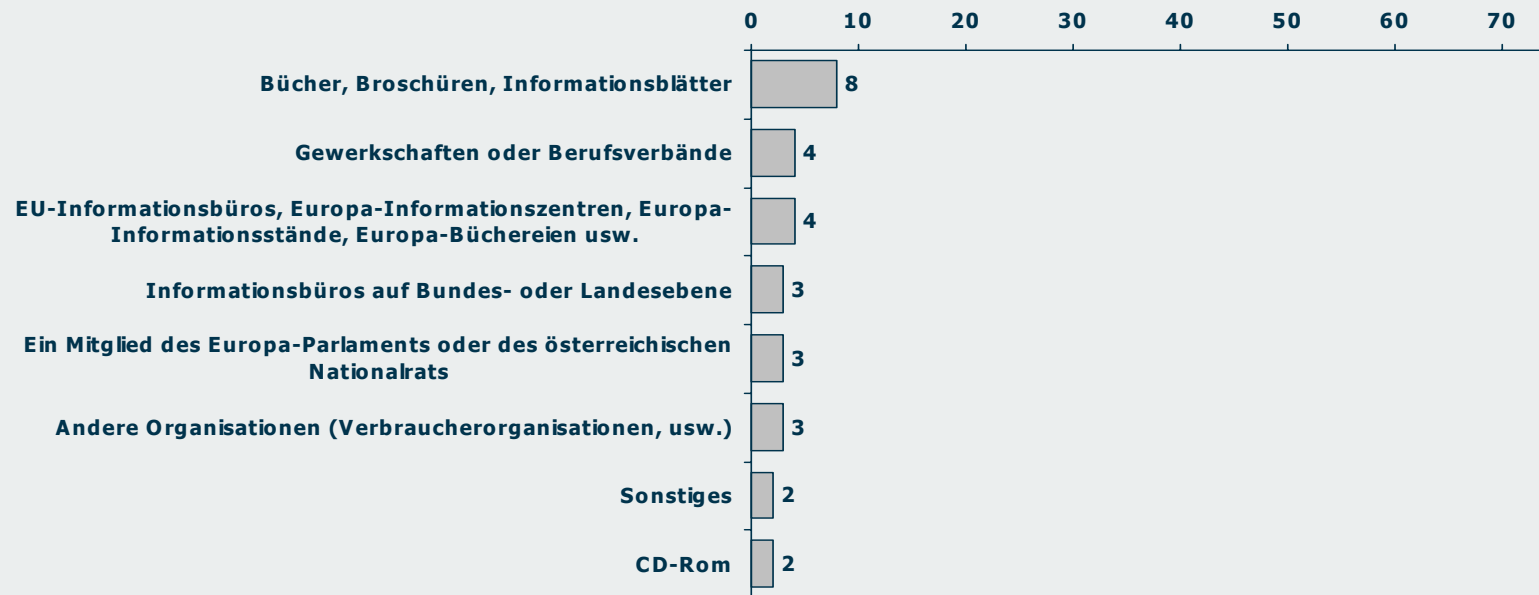


Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



Genutzte Informationsquellen

Frage 18: Welche der folgenden Quellen nutzen Sie, wenn Sie nach Informationen über die Europäische Union, ihre Politik und ihre Einrichtungen suchen?



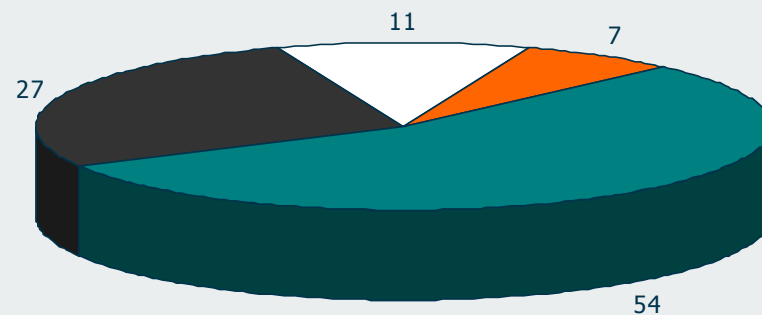
Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



Überwiegend glaubt man, dass die **österreichischen Medien gerade richtig (54%)** über die Europäische Union **berichten**, 27% monieren zuwenig, 7% zu viel Information. Die **einschlägige Berichterstattung** charakterisieren **46% als objektiv, 29% als zu positiv** und nur 7% als zu negativ. Die Beurteilung der Tonalität der Berichterstattung steht in erkennbarem Zusammenhang mit den allgemeinen Einstellungen zur EU: Kritiker der österreichischen EU-Mitgliedschaft bzw. ihrer Folger monieren eine positiv überzogene Berichterstattung, Befürworter der Mitgliedschaft heben verstärkt den objektiven Charakter und eine negativ überzogene Berichterstattung hervor.

Medienberichte

Frage 19: Ganz allgemein, glauben Sie, dass die österreichischen Medien zu viel, gerade richtig oder zu wenig über die Europäische Union berichten?



zuviel

gerade richtig

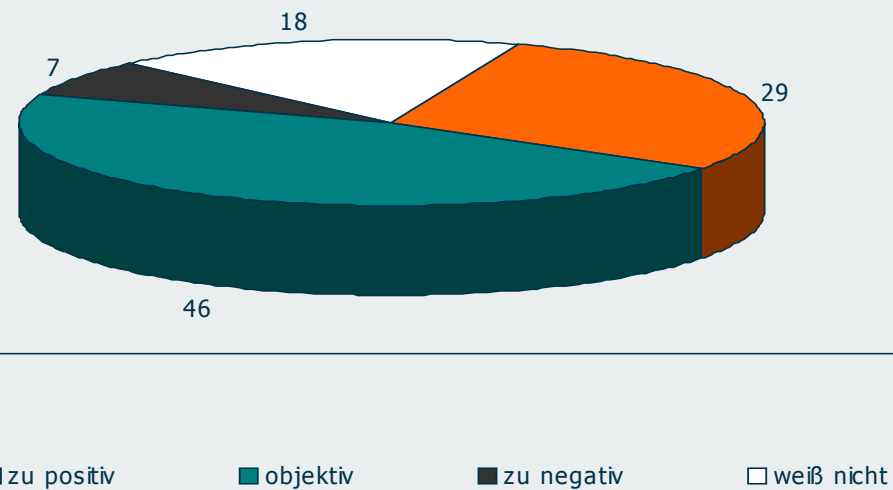
zuwenig

weiß nicht

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Mediendarstellung

Frage 20: Und glauben Sie, dass die österreichischen Medien die Europäische Union zu positiv, objektiv oder zu negativ darstellen?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Die **Europäische Union bedeutet** für Herrn und Frau Österreicher speziell **EURO** (53%). Danach folgen freilich eine **Reihe kritischer Punkte**: Geldverschwendung (42%), Arbeitslosigkeit (33%), mehr Kriminalität (38%) und Bürokratie (35%) und **nur ein positiver** (die Freiheit überall in der EU zu reisen, zu studieren und zu arbeiten mit 38%). Etwas weniger als ein Viertel nennen **nicht genug Kontrollen an den Außengrenzen** (24%), **Frieden** (23%), **stärkere Mitsprache** in der Welt (21%) und **kulturelle Vielfalt** (21%); jeweils über ein Zehntel wirtschaftlichen Wohlstand (12%), soziale Sicherheit (13%) oder den Verlust der kulturellen Identität (15%) und Demokratie (11%). Im Frühjahr und Herbst des Vorjahres war die Antwortmöglichkeit „Demokratie“ nicht vorgegeben, was im Februar/März 2004 die positiven Nennungen etwas erhöht hat. Allerdings sind auch die kritischen Bemerkungen angestiegen. Im **europäischen Vergleich** sind die **positiv konnotierten Bezugspunkte in Österreich deutlich schwächer**, die **negativ konnotierten deutlich stärker** vertreten.

Tabelle: Bedeutung der EU im EU-Vergleich

„Was bedeutet die Europäische Union für Sie persönlich?“

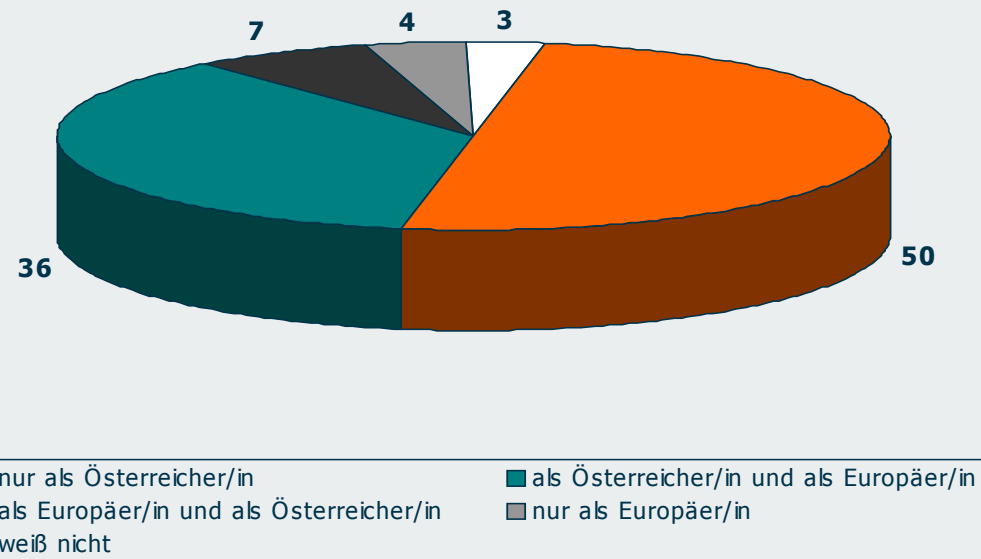
In Prozent (Mehrfachnennungen)	Österreich	EU-15
EURO	53	50
Reise- Studien- und Arbeitsfreiheit in der EU	38	51
Friede/stärkere Mitsprache in der Welt/kulturelle Vielfalt/wirtschaftlicher Wohlstand/soziale Sicherheit/Demokratie	101 } 139	111 } 162
Geldverschwendung	42	26
Arbeitslosigkeit/mehr Kriminalität/Bürokratie/nicht genug Kontrolle an Außengrenzen/Verlust von kultureller Identität	145 } 187	97 } 123

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

In der nahen Zukunft **sehen sich 50% der Österreicher nur als Österreicher(innen), 36% als Österreicher und Europäer**, 7% als Europäer und Österreicher und 4% nur als Europäer(innen). Eine **primär oder ausschließlich europäische Identität** weisen somit 11% auf, ein Wert der sich seit dem EU-Beitritt 1995 nur unwesentlich erhöht hat. EU-weit sind ausschließlich nationalstaatliche Identitäten geringer verbreitet als in Österreich, doch verbergen sich hinter diesem Durchschnittswert starke nationale Schwankungen. Eine primär oder ausschließlich europäische Identität findet sich häufiger bei jungen Menschen und in der oberen Bildungsschicht und verbindet sich mit generell EU-positiven Einstellungen. Reduziert man das Angebot an Identitätsvarianten auf nur drei (nur Österreicher, Österreicher und Europäer, nur Europäer), so sinkt die multiple Version auf 37% ab, die exklusiv nationale Version steigt auf 55% und die exklusiv europäische Version steigt leicht auf 3%. Die Möglichkeit differenzierter Mehrfachidentitäten ist dabei für die mittleren und höheren Altersgruppen und die weniger Gebildeten (damit auch für die weniger gut Informierten) von Bedeutung, desgleichen für EU-kritische Personen. EU-weit sind – bei starken nationalen Unterschieden - ausschließlich nationalstaatliche Identitäten geringer verbreitet als in Österreich, in der Mehrheit der EU-Staaten ist freilich im Falle der Reduktion von Mehrfachidentitätsangeboten ein analoger Effekt zu beobachten wie in Österreich.

Nationale und Europäische Identität

Frage 38: In der nahen Zukunft, sehen Sie sich da ...?



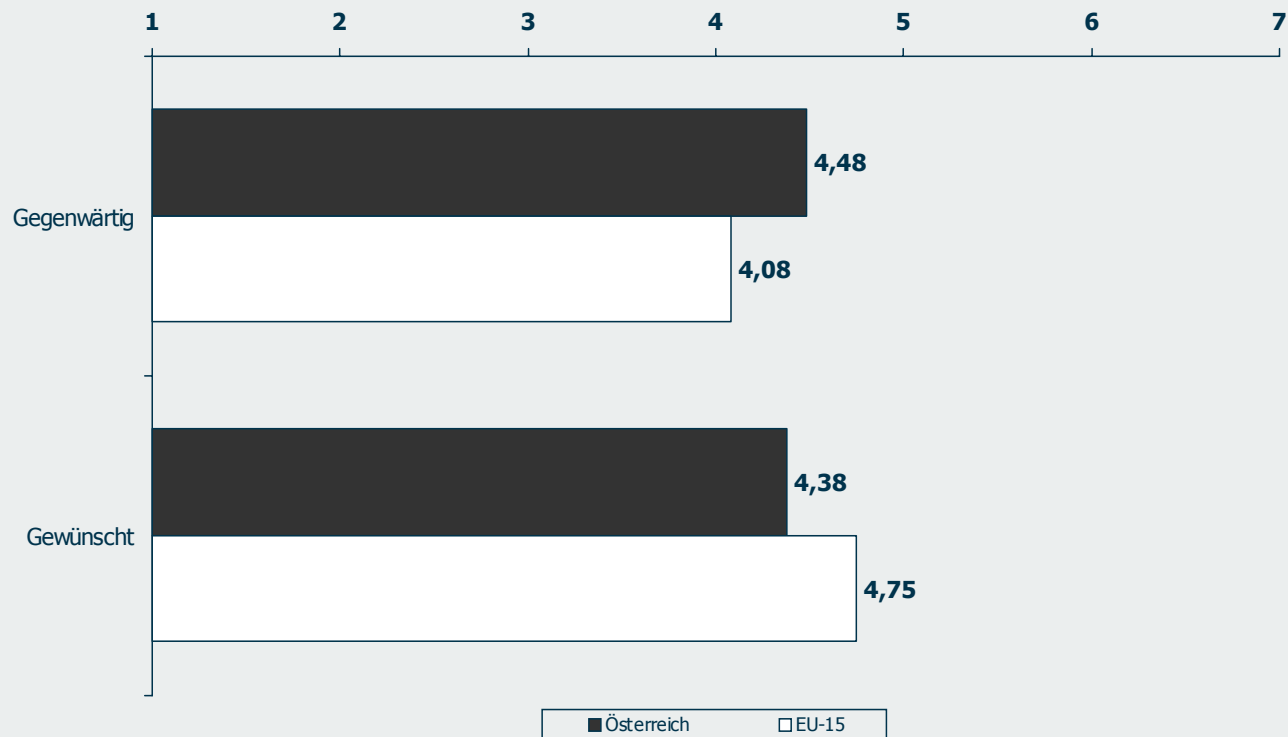
Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Vier von zehn Österreichern (42%) sehen die **gegenwärtige Geschwindigkeit beim Aufbau Europas als relativ hoch** an. (Werte 5, 6, 7 auf einer 7-stufigen Skala von 1,00 = Stillstand bis 7,00 = läuft so schnell wie möglich), 21% als mittel (Wert 4) und 23% als eher langsam bis nicht wahrnehmbar (Werte 1-3), **gewünscht wird freilich ein etwas langsames Tempo**. 43% (Werte 5, 6, 7) hätten das Tempo gerne recht flott, 17% mittel (Wert 4) und 24% langsam bis gar nicht. Im Vergleich zum Vorjahr schätzt man die aktuelle Geschwindigkeit höher ein, plädiert aber vermehrt für einen etwas langsameren Schritt.

Gegenwärtige und gewünschte Geschwindigkeit beim Aufbau Europas

Frage 13a+b: Wie hoch ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Geschwindigkeit des Aufbaus Europas? Und welche Geschwindigkeit würden Sie sich wünschen?

1.00 = Stillstand bis 7.00 = so schnell wie möglich.

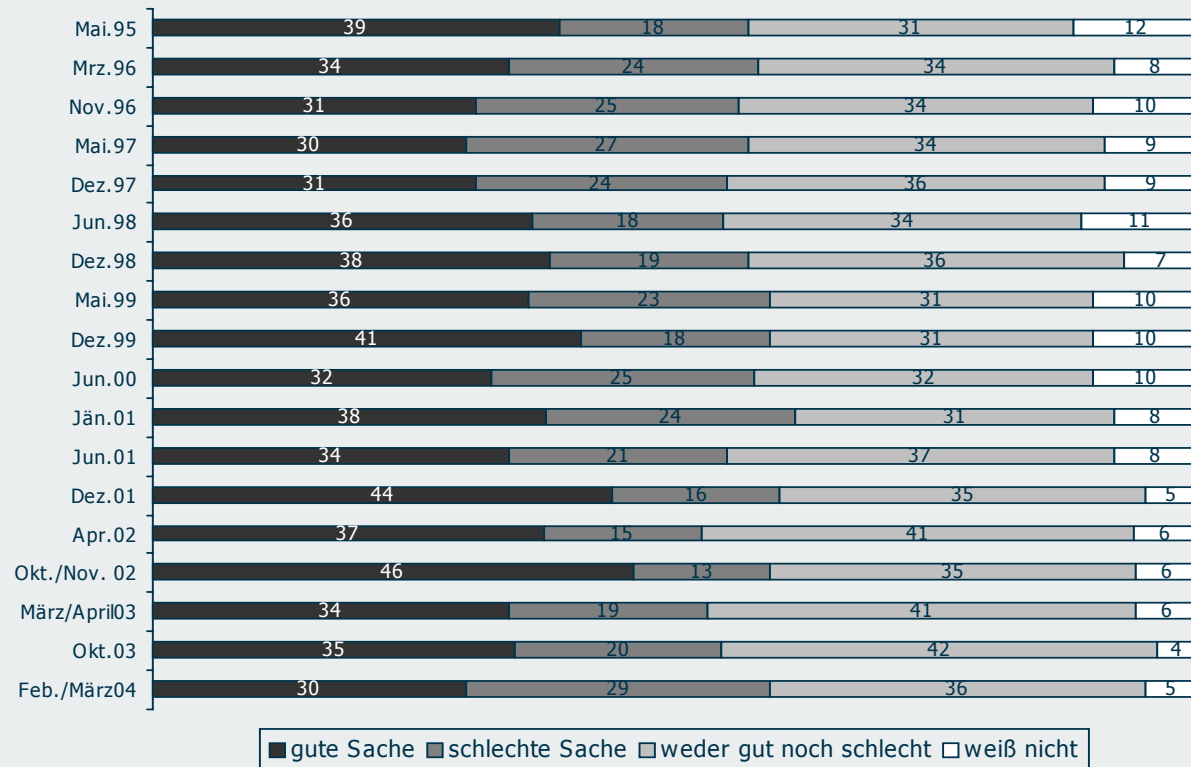


Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Die **Mitgliedschaft Österreichs in der EU** wird von **30% als gute Sache und von 29% als schlechte Sache** bewertet, 36% meinen sie sei weder gut noch schlecht. **38%** sehen in der **Mitgliedschaft** in der EU insgesamt einen **Vorteil für Österreich, 47%** einen **Nachteil** (15% weiß nicht). Im Zeitverlauf hat sich das Meinungsklima bei diesen Fragen wie folgt entwickelt: auf die anfängliche Euphorie unmittelbar nach dem Beitritt 1995 erfolgt 1996 bis 1997 eine gewisse Ernüchterung. Danach verbessern sich die Werte wieder, um im Frühjahr 2000 (Maßnahmen bzw. Sanktionen der EU-14) einen massiven Einbruch zu erleiden. Auf eine neuerliche Erholungsphase (2001) tritt **seit dem Herbst 2002** eine **kontinuierliche Verschlechterung** ein wobei die **Werte vom Februar/März 2004 die schlechtesten** seit Beginn der Messung (1995/1996) darstellen. In beiden Punkten erweist sich die Bewertung in den jüngeren Altersgruppen und bei den besser Gebildeten signifikant positiver als bei älteren und weniger gebildeten Menschen. Frauen äußern sich weniger positiv als Männer. Nur noch **ein Viertel** gibt an, dass die EU für ihn oder sie ein **sehr positives** (7%) oder **ziemlich positives** (18%) **Image habe, ein Drittel** verweist auf ein **ziemlich** (24%) oder **sehr negatives** (8%) **Image**; am relativ stärksten verbreitet ist mit 37% ein neutrales Image. Im Herbst 2003 bezeichnete noch ein Drittel das Image als positiv bzw. ein Viertel als negativ. Die generalisierte Bewertung der EU fällt lediglich in Großbritannien ansatzweise schlechter aus als in Österreich, die Vorteils-Nachteilsbilanz und das Image werden nur in Schweden, Großbritannien kritischer gesehen.

EU-Mitgliedschaft: gut-schlecht (1995-2004)

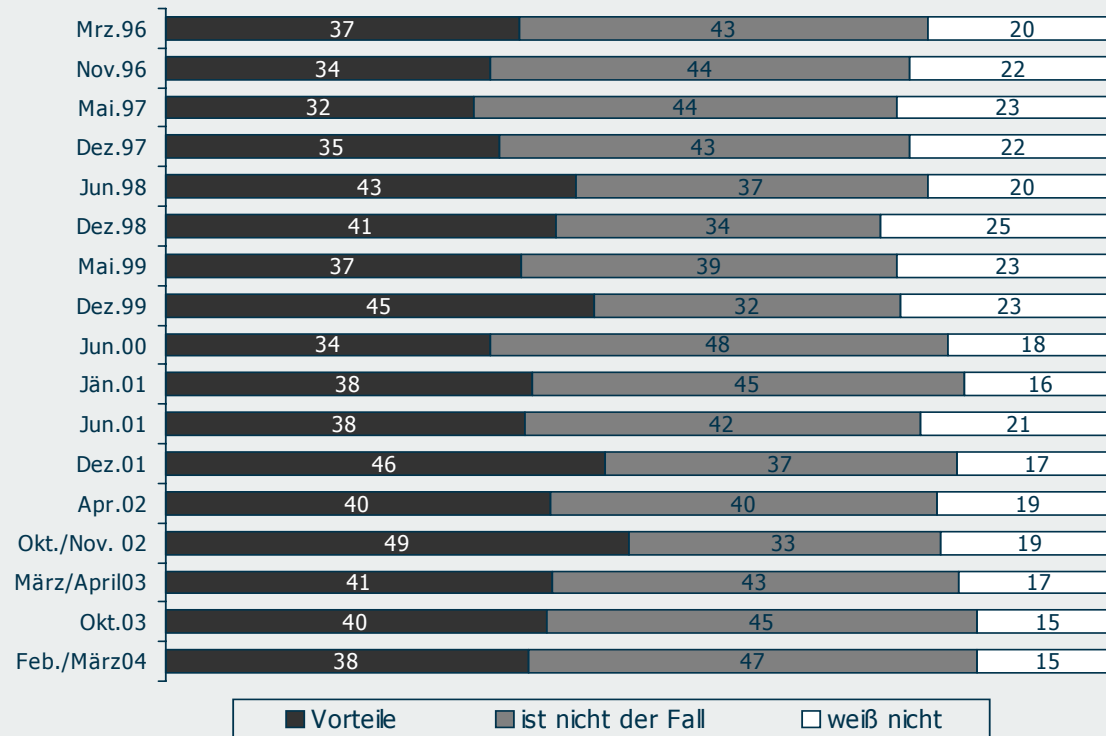
Frage 8: Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder weder gut noch schlecht?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Vorteile durch EU-Mitgliedschaft (1996-2004)

Frage 9: Hat Ihrer Meinung nach Österreich insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile oder ist das nicht der Fall?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



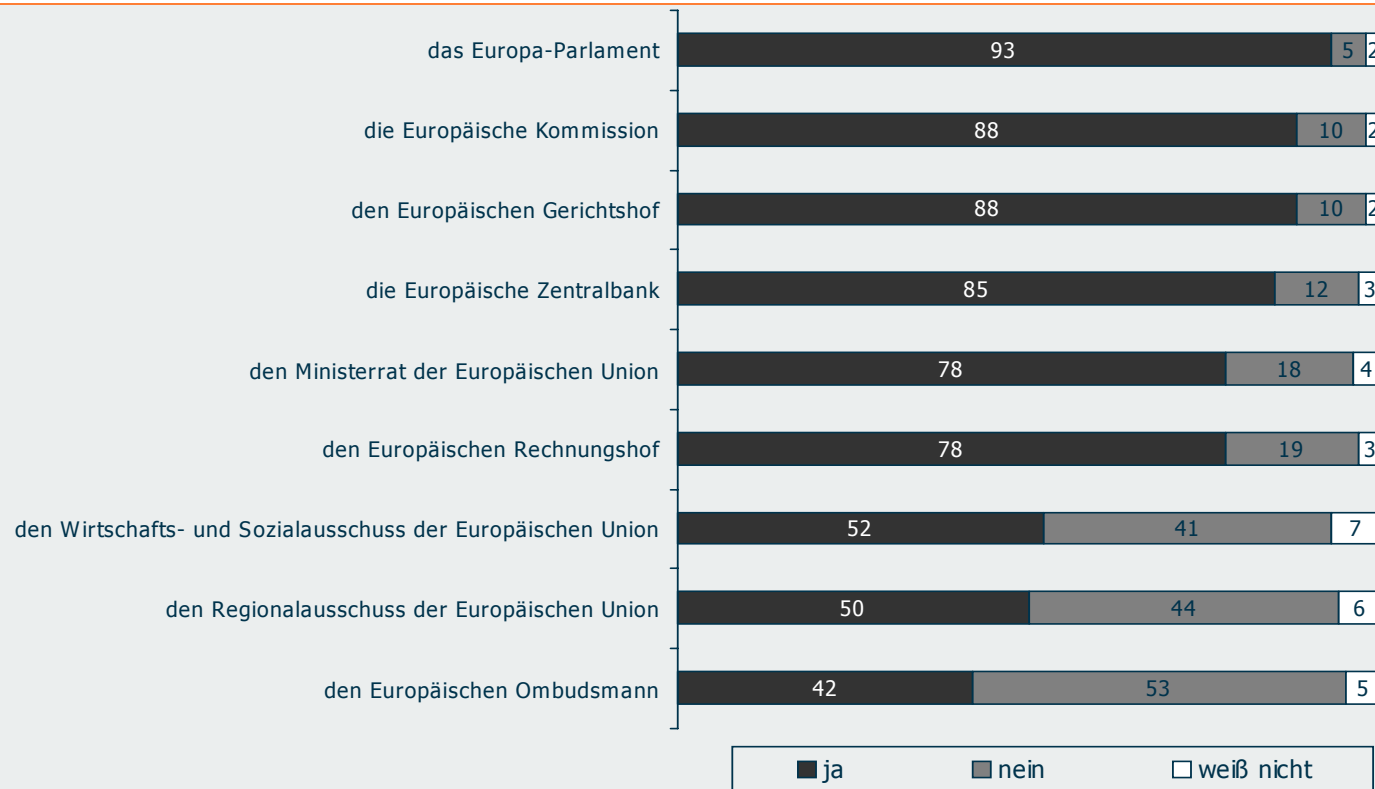
Von den EU-Institutionen weisen das **Europa-Parlament mit 93%**, die **Europäische Kommission (88%)**, die **Europäische Zentralbank (85%)** und der **Europäische Gerichtshof (88%)** die **höchste (gestützte) Bekanntheit** auf, es folgen der Ministerrat der EU und der Europäische Rechnungshof (jeweils 78%). Weit geringer ist die Bekanntheit des Wirtschafts- und Sozialausschusses, des Regionalausschusses und des Europäischen Ombudsmannes.

Eine **wichtige Rolle im Leben der EU** spricht man vor allem dem **Parlament (74%)**, der **Kommission (74%)**, der **Zentralbank (75%)** und dem **Europäischen Gerichtshof zu (75%)**; zwei Drittel dem Rechnungshof und dem Ministerrat. Weniger als die Hälfte erachten Regionalausschuss, Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ombudsmann für bedeutsam. Im Herbst 2003 wurde dem Europa-Parlament noch mehr Bedeutung zugeschrieben.

Von den europäischen Institutionen weisen der **Europäische Gerichtshof, der Europäische Rechnungshof** und die **Europäische Zentralbank** eine **eindeutig positive Vertrauensbilanz** auf – wenngleich sie sich seit Oktober 2003 merkbar verschlechtert hat. Dem Parlament bringen gerade noch 43% Vertrauen (minus 10 Prozentpunkte gegenüber Oktober 2003) entgegen, bereits 40% Misstrauen (plus 9 Prozentpunkte). Ombudsmann, Kommission (37% Vertrauen, 44% Misstrauen), Regionalausschuss, Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ministerrat (33% Vertrauen, 44% Misstrauen) hält man mehrheitlich nicht für vertrauenswürdig. **Alle europäischen Institutionen haben seit dem Oktober 2003 an Vertrauen verloren und mehr Misstrauen erhalten:** am gravierendsten ist die Entwicklung im Falle des Parlaments, des Ministerrates, der Kommission und des Wirtschafts- und Sozialausschusses. Anzumerken ist, dass der Erhebungszeitraum Februar/März noch vor den Beginn des Wahlkampfes zum Europa-Parlament fällt, also die in Österreich besonders vehemente „Anti-Privilegien-Debatte“ im Hinblick auf die EP-Abgeordneten (Liste Hans-Peter Martin) noch nicht ihre volle politische Wucht entfacht hatte.

Bekanntheit Europäische Institutionen

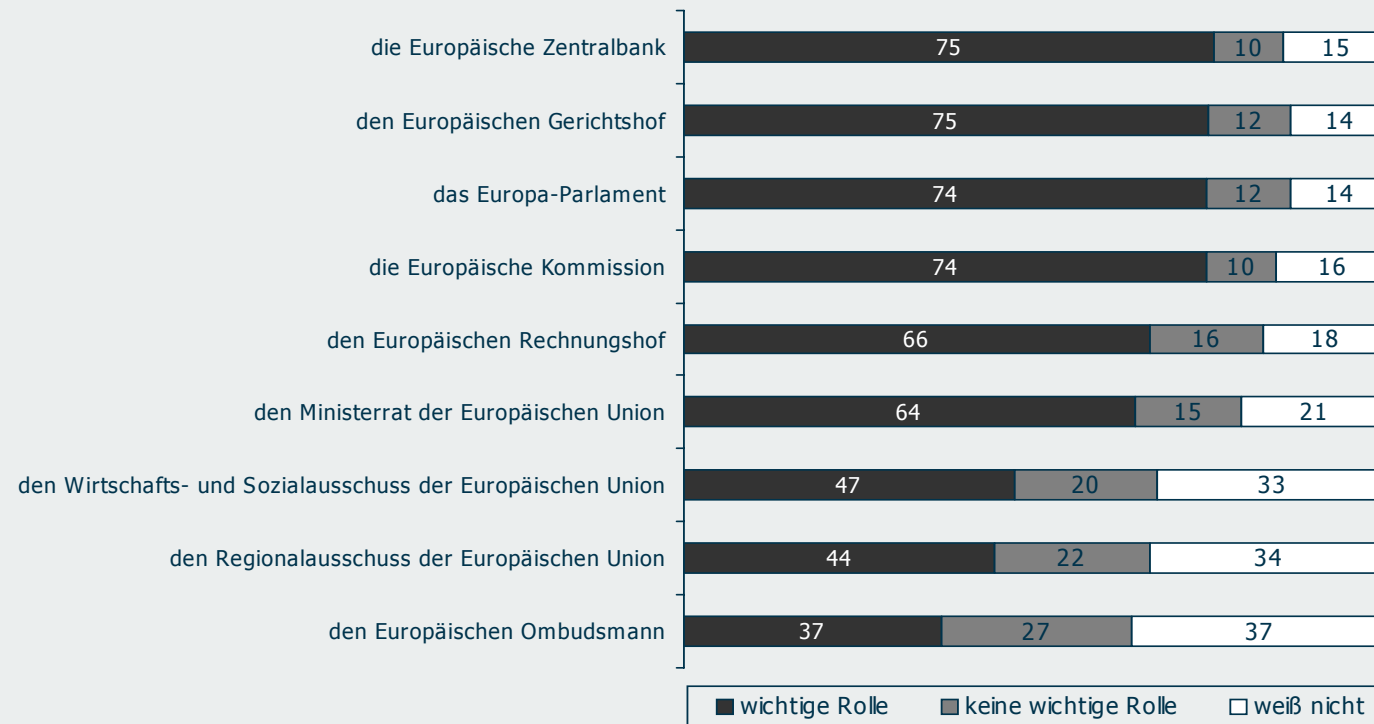
Frage 21: Haben Sie jemals etwas gehört über ...?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Bedeutung Europäischer Institutionen

Frage 22: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Europäischen Einrichtungen, ob sie Ihrer Meinung nach eine wichtige Rolle oder keine wichtige Rolle im Leben der Europäischen Union spielen?

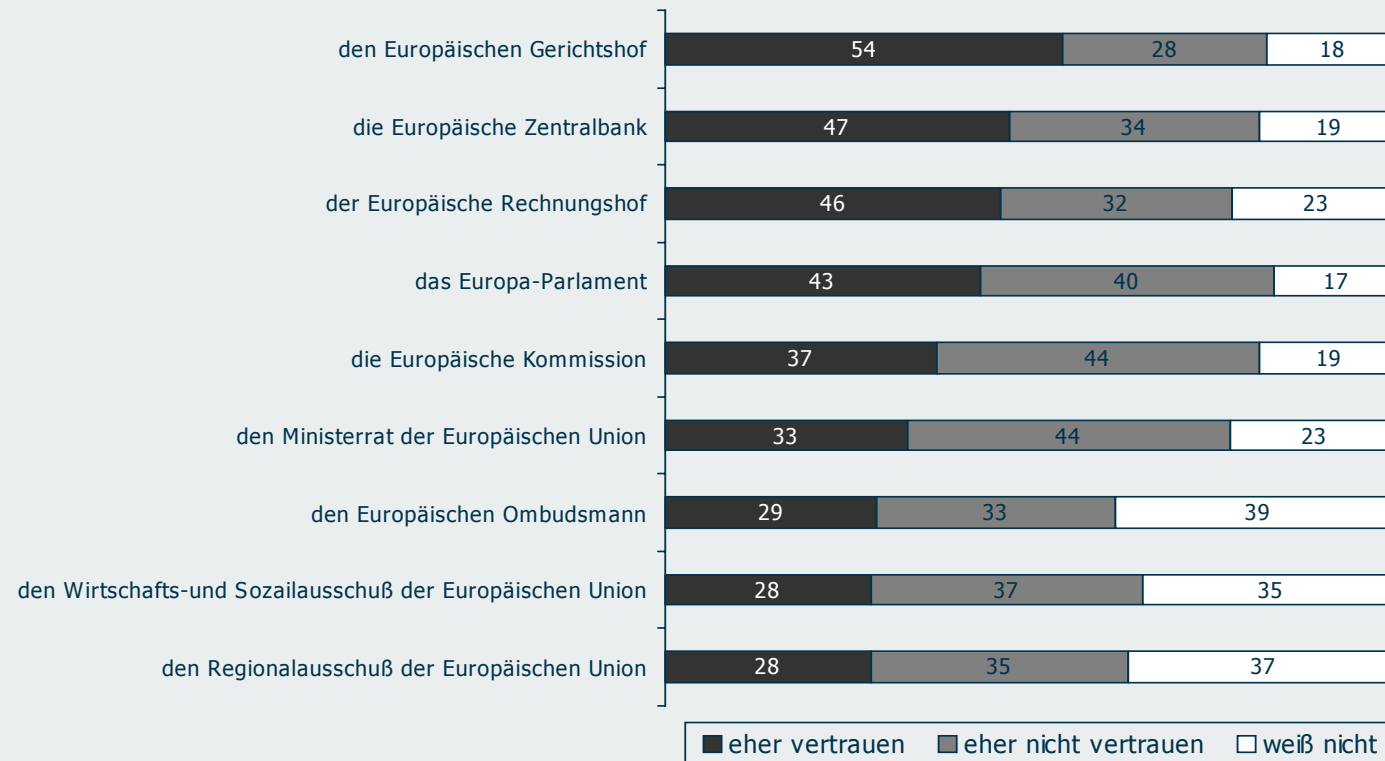


Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



Vertrauen in Europäische Institutionen

Frage 23: Sagen Sie mir bitte für jede dieser Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



Tabelle: Vertrauensbilanz 2002- 2004

Prozentpunktdifferenz Vertrauen (+) vs. Misstrauen (-) *)	PPD Frühjahr 2002	PPD Herbst 2002	PPD Frühjahr 2003	PPD Herbst 2003	PPD Winter 03/ Frühjahr 04
Europäischer Gerichtshof	+31	+42	+34	+33	+26
Europäischer Rechnungshof	+14	+28	+20	+17	+14
Europäische Zentralbank	+21	+36	+22	+23	+13
Europa-Parlament	+14	+33	+20	+19	+3
Europäischer Ombudsmann	+4	+18	-1	±0	-4
Europäische Kommission	+4	+22	+10	+5	-7
Regionalausschuss der EU	-5	+11	-1	+2	-7
Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU	-3	+12	-1	+4	-9
Ministerrat der EU	-3	+19	+4	+2	-11

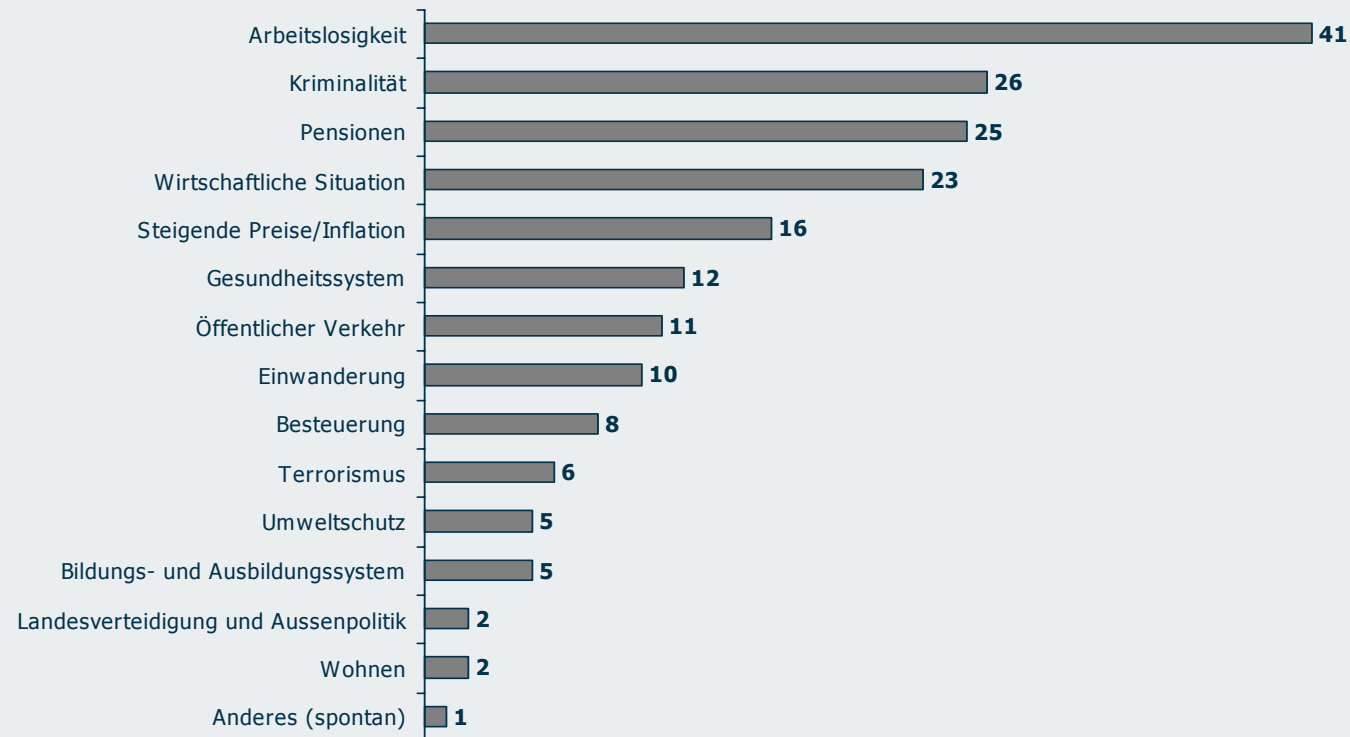
Quelle: EUROBAROMETER 57.1, 58.1, 59.1, 60.1 und 61

*) Positives Vorzeichen: Vertrauen überwiegt
Negatives Vorzeichen: kein Vertrauen überwiegt

Als **wichtigstes Thema**, dem sich Österreich stellen muss, gilt im Februar/März 2004 die **Arbeitslosigkeit** (41%, Rückgang), **gefolgt von Kriminalität** (Anstieg), **Pensionen** und **wirtschaftlicher Situation**. Eine mittlere Wertigkeit nehmen steigende Preise/Inflation, Gesundheitssystem (Rückgang), öffentlicher Verkehr und Einwanderung ein. **Die Rolle der EU in Österreich wird bei den wichtigsten Österreichbezogenen Themen zumeist als negativ (Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Situation, Inflation) bzw. irrelevant angesehen (Pensionen), positiv nur im Hinblick auf die Kriminalitätsbekämpfung.** Ähnliches gilt für öffentlicher Verkehr, Einwanderung, Besteuerung (mehrheitlich negativ) bzw. Gesundheitssystem (weder positiv noch negativ). Bei den eher unwichtigen Themen überwiegt bei der Terrorismusbekämpfung der positive Eindruck, bei Umweltschutz der negative, bei Bildung und Ausbildung, Landesverteidigung/Außenpolitik und Wohnen/Wohnbau das Urteil weder noch. Damit hat sich der **kritische Befund** vom Herbst des Vorjahres **über die substantielle Aufgabenerfüllung der Union weiter verschlechtert** – die einzige wirkliche Ausnahme stellen Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung dar (positive Rolle) bzw. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (konstante Zuschreibung einer negativen Rolle).

Zwei wichtigsten Themen

Frage 27: Welche sind Ihrer Meinung nach die zwei wichtigsten Themen, denen sich Österreich stellen muss?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



Tabelle: Themenprioritäten und Rolle der EU

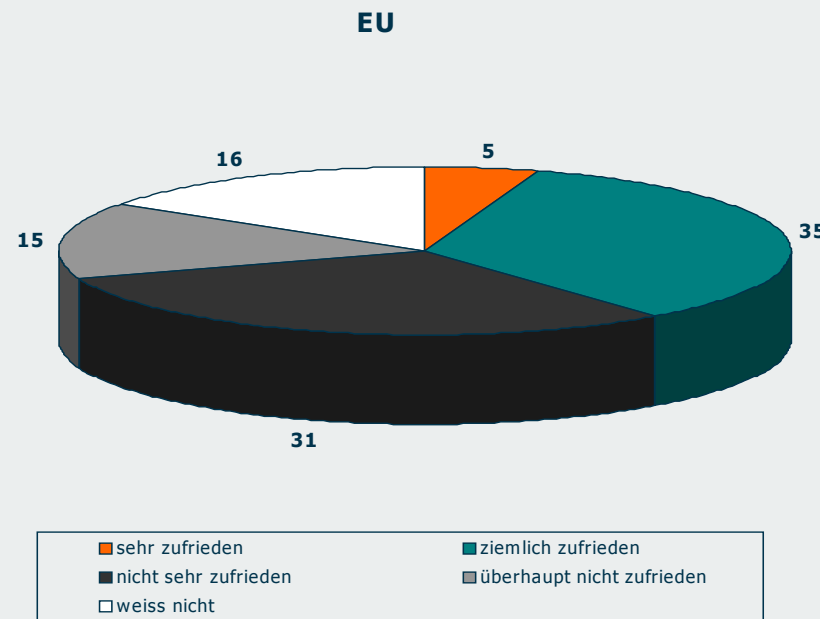
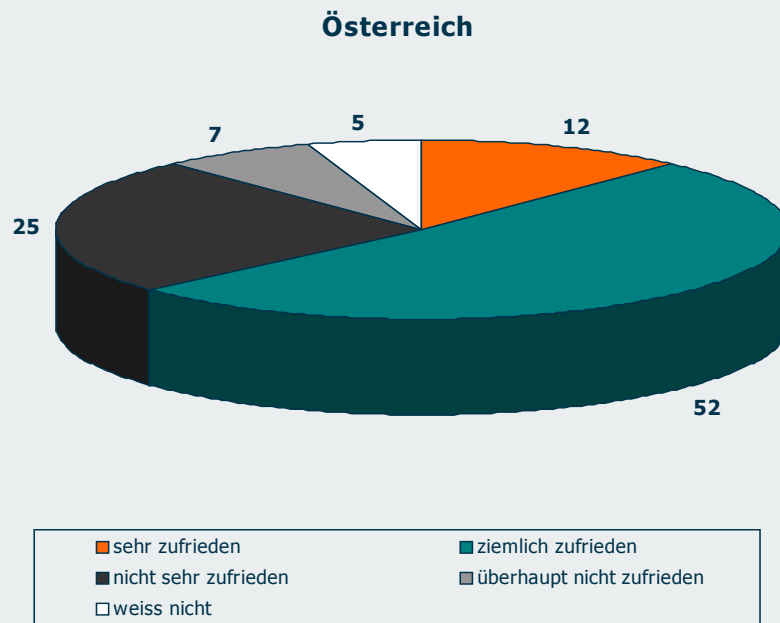
In Prozent	Wichtigste Themen, denen sich Österreich zur Zeit stellen muss	EU spielt bei folgenden Angelegenheiten in Österreich eine ...			
		positive Rolle	negative Rolle	weder positive noch negative Rolle	weiß nicht
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	41	16	47	32	7
Bekämpfung der Kriminalität	26	41	19	34	6
Pensionen	25	9	37	44	10
Wirtschaftliche Situation	23	32	33	28	6
Steigende Preise/Inflation	16	15	52	27	6
Gesundheitssystem	12	19	25	45	11
Öffentlicher Verkehr	11	17	47	30	6
Einwanderung	10	15	45	32	9
Besteuerung	8	13	44	36	7
Bekämpfung des Terrorismus	6	43	19	31	7
Umweltschutz	5	20	37	33	10
Bildungs- und Ausbildungssystem	5	28	19	43	10
Landesverteidigung	2	25	19	47	10
Außenpolitik		30	19	40	11
Wohnen, Wohnbau	2	15	19	53	13

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Winter 2003/Frühjahr 2004)

Zwei Drittel (64%) der Österreicher sind mit der Art und Weise **wie die Demokratie in Österreich funktioniert sehr (12%) oder ziemlich (52%) zufrieden**, ein Drittel monieren Unzufriedenheit (25% nicht sehr, 7% überhaupt nicht zufrieden). Mit dem **Funktionieren der Demokratie in Europa** zeigen sich 5% sehr und 35% ziemlich **zufrieden; Unzufriedenheit geben 46% zu Protokoll** (31% nicht sehr, 15% überhaupt nicht zufrieden). Die Kluft zwischen Demokratiezufriedenheit in Österreich (64% zufrieden, 32% unzufrieden) und Skepsis in der EU (40% zufrieden, 46% unzufrieden) hat sich seit dem Vorjahr vergrößert. Ein Überhang an nationaler Demokratiezufriedenheit ist dabei für die Mehrheit der EU-Mitgliedsländer charakteristisch, mehr Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU findet sich überwiegend in Ländern mit geringer nationaler Demokratiezufriedenheit (Italien, Portugal, Griechenland, Ostdeutschland) und ansatzweise in Irland.

Demokratiezufriedenheit

Frage 39a+b: Sind Sie mit der Art und Weise, wie Demokratie in Österreich und in der EU funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Tabelle: Demokratiezufriedenheit im Vergleich

„Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise wie die Demokratie in ... funktioniert?“

Mittelwerte auf einer 4-stufigen Skala von 1,00=sehr zufrieden bis 4,00=überhaupt nicht zufrieden	eigenes Land	in der EU	Differenz*
Dänemark	3,21	2,53	+0,78
Luxemburg	2,98	2,74	+0,26
Irland	2,83	2,86	-0,03
Finnland	2,83	2,39	+0,44
Schweden	2,78	2,31	+0,47
Spanien	2,74	2,71	+0,03
Österreich	2,72	2,44	+0,37
Griechenland	2,72	2,77	-0,05
Niederlande	2,66	2,31	+0,35
United Kingdom	2,59	2,29	+0,30
Belgien	2,59	2,57	+0,02
Deutschland (West)	2,57	2,42	+0,15
Frankreich	2,49	2,39	+0,10
Italien	2,17	2,49	-0,32
Portugal	2,15	2,40	-0,25
Deutschland (Ost)	2,05	2,21	-0,16

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Winter 2003/Frühjahr 2004)

- * positives Vorzeichen: mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land mehr zufrieden
negatives Vorzeichen: mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU mehr zufrieden

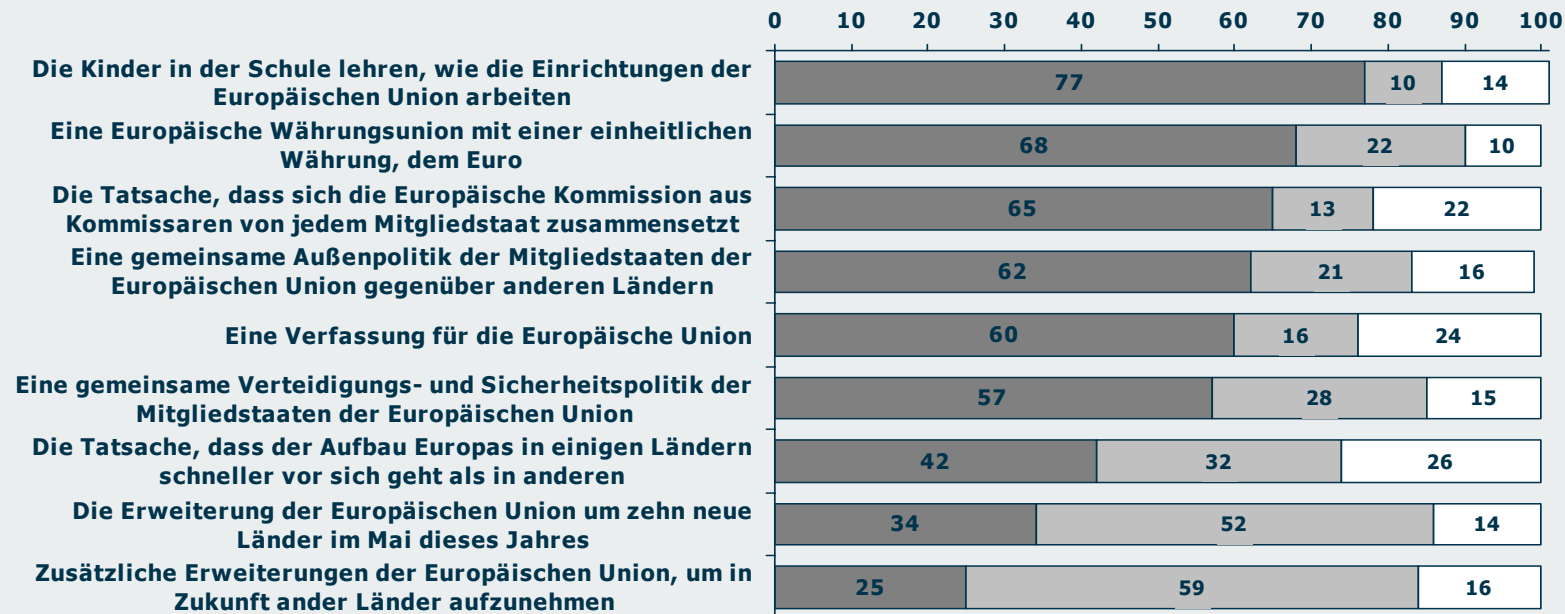
3. VORHABEN UND ÄNGSTE

Hohe Befürwortung finden die **Information der Kinder in der Schule darüber wie die Einrichtungen der EU arbeiten** (77%), die **Europäische Währungsunion** mit dem Euro als einheitlicher Währung (68%), und die **Zusammensetzung der Europäischen Kommission aus Kommissaren von jedem Mitgliedstaat** (65%, weniger Zustimmung und mehr Unsicherheit als im Vorjahr) und eine **Verfassung für die Europäische Union** (60%). 62% sind für eine **gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedsstaaten der EU gegenüber anderen Ländern** (21% dagegen) und 57% für eine **gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik der EU-Mitgliedsstaaten** (28% dagegen – in dieser Frage hat die Zustimmung abgenommen und die Ablehnung zugenommen).

Dass der Aufbau Europas in einigen Ländern schneller vor sich geht als in anderen stößt bei 42% auf Zustimmung, bei 32% auf Ablehnung (26% weiß nicht) – die relative Mehrheit der EU-Bürger(innen) sieht das anders. In Österreich kommt die Zustimmung zu länderspezifisch unterschiedlicher Geschwindigkeit speziell aus den Kreisen EU-freundlicher Personen. **Die Erweiterung der EU um zehn neue Länder im Mai befürworten 34%, 52% lehnen dies ab. Die Meinung zur Erweiterung war im Herbst noch eher ausgeglichen** (41% pro, 42% contra). Im EU-15 Schnitt stellt sich die Einstellung zur Erweiterung im Mai 2004 leicht positiv dar (42% pro, 39% contra), hinter diesem Mittel verbergen sich aber massive nationale Unterschiede: in Griechenland, Spanien, Irland, Italien, Dänemark, Portugal, Schweden und Finnland ist die Mehrheit für die momentane Erweiterungsrunde; in den Niederlanden halten einander Pro- und Contra-Stimmen praktisch die Waage; im Vereinigten Königreich, in Frankreich, Belgien, Luxemburg, Österreich und vor allem Deutschland (West wie Ost) ist eine deutliche Mehrheit dagegen. **Zusätzliche Erweiterungen der EU, um in Zukunft neue Länder aufzunehmen, lehnen 59% der Österreicher ab, 25% befürworten dies** (16% weiß nicht) – eine Mehrheit für zusätzliche Erweiterungen findet sich in Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland und ansatzweise in den Niederlanden.

Vorschläge zur EU

Frage 29: Was ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie mir für jeden einzelnen Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

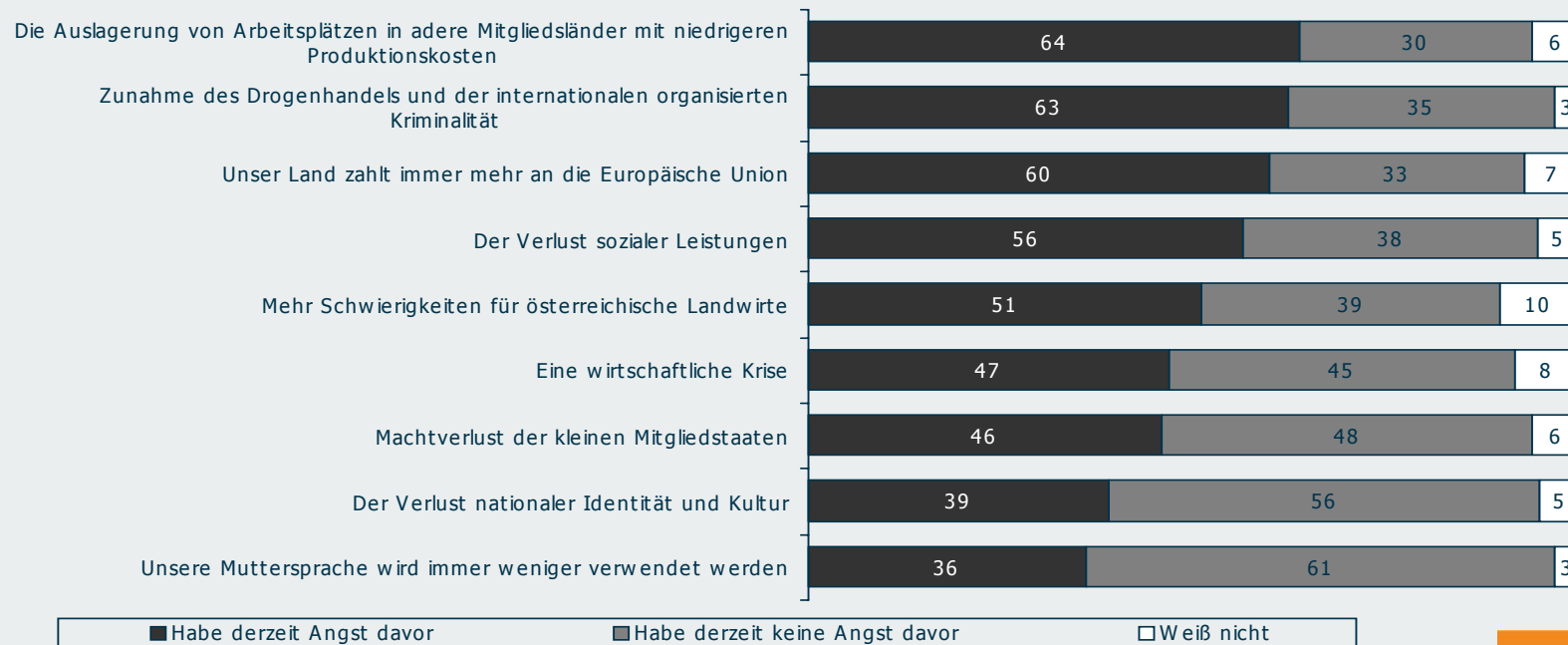


Einblicke in die zuvor beschriebene EU-kritische Stimmungslage bieten zum einen **die Ängste**, die die Menschen mit dem Aufbau der Europäischen Union verbinden. Diese betreffen vor allem die **Auslagerung von Arbeitsplätzen** in andere Mitgliedsländer mit niedrigeren Produktionskosten (64%), die **Zunahme des Drogenhandels und der internationalen organisierten Kriminalität** (63%), **vermutete steigende Zahlungen an die EU** (60%) und der **Verlust sozialer Leistungen** (56%). Etwa die Hälfte befürchtet mehr Schwierigkeiten für die österreichischen Landwirte und eine wirtschaftliche Krise sowie den Machtverlust der kleinen Mitgliedsstaaten. Vergleichsweise weniger Angst hat man bezüglich des Verlustes an nationaler Identität und Kultur und einer immer geringeren Verwendung der Muttersprache. **Dieser „Negativliste“, die grosso modo jener der meisten anderen Mitgliedsstaaten entspricht, steht aber keine ausgleichende „Positivliste“ gegenüber.** So vertreten **drei Viertel** die Ansicht, dass die **größten Länder die meiste Macht in der EU** haben, je **sechs von zehn** glauben nicht dass ihre **persönliche Stimme in der EU zählt oder dass Österreich in der Zukunft mehr Einfluss innerhalb der EU haben wird.** Mehrheitlich **glaubt** man auch **nicht, dass Österreich durch die Unionsmitgliedschaft politisch oder wirtschaftlich stabil geworden** sei, dass die Stimme Österreichs in der EU zählt, und man fühlt sich auch durch die Mitgliedschaft nicht sicherer. In fast allen Punkten äußert man sich hier kritischer als der Durchschnitt der EU-15. Eine positive Abweichung stellt nur die von 45% vertretene Meinung dar, sie wüssten wie die EU funktioniert. In Summe eine Ansammlung beträchtlicher, von der persönlichen und politischen Wertigkeit geprägter „starker“ Ängste und eine verbreitete Skepsis gegenüber möglichen positiven Aspekten der EU bzw. der Eindruck des politischen „Überfahrenwerdens“ – sowohl persönlich wie des eigenen Landes.

Für die Zukunft **erwarten 31%** dass die Europäische Union in 5 Jahren eine **wichtigere Rolle in ihrem täglichen Leben** spielen wird als bisher, 15% sehen eine weniger wichtige Rolle und 42% keine Veränderung (12% weiß nicht). **Gewünscht** wird eine **wichtigere Rolle von 29%**, eine weniger wichtige Rolle von 22% und dieselbe Rolle von 37% (wiederum 12% weiß nicht), d.h. die Wünschbarkeit hinkt der vermutlichen Entwicklung hinterher.

Ängste

Frage 15: Im Hinblick auf den Aufbau Europas, der Europäischen Union, haben einige Leute Ängste. Hier ist eine Liste mit Dingen, von denen einige Leute sagen, sie hätten Angst davor. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie persönlich davor Angst haben oder nicht.

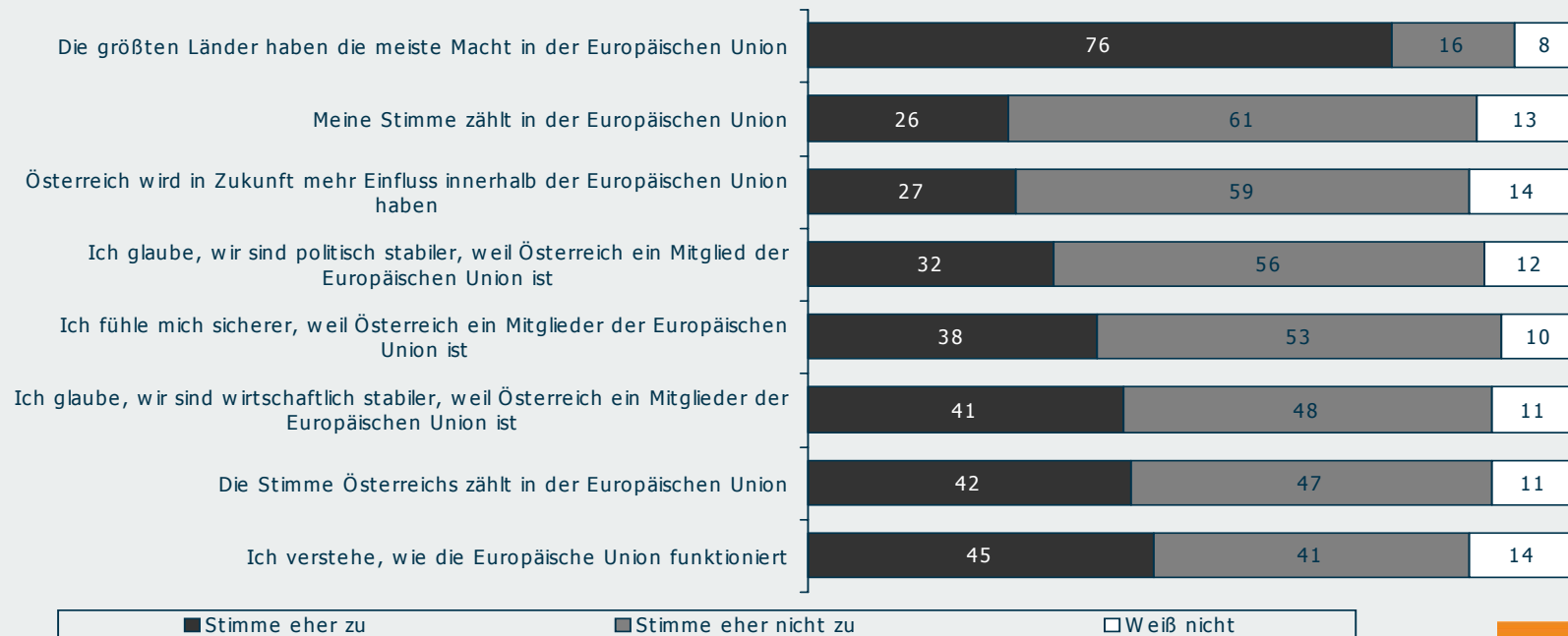


Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



Einstellungen zur EU

Frage 12: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

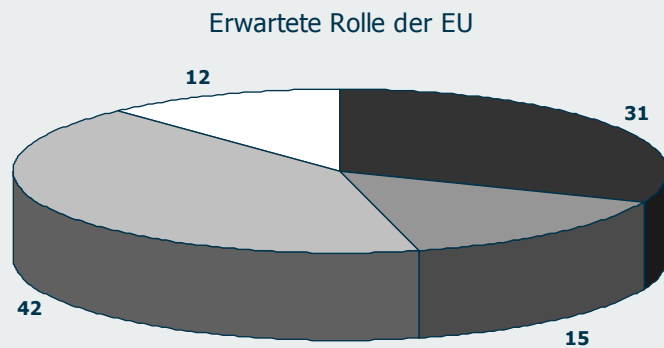


Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

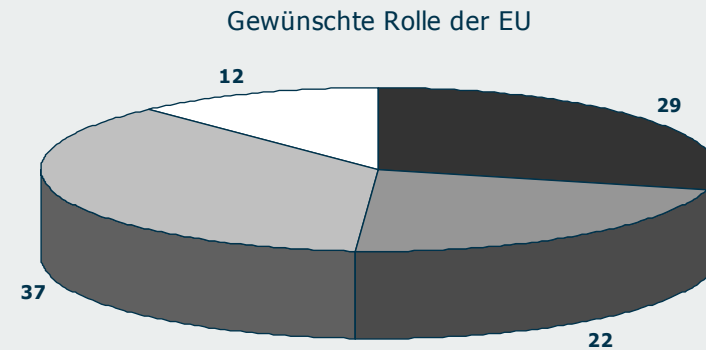


Zukunft der EU

Frage 14 a+b: Welche Rolle wird Ihrer Meinung nach die Europäische Union in den nächsten 5 Jahren spielen?



■ Wichtigere Rolle ■ Weniger wichtige Rolle ■ Die selbe Rolle □ Weiss nicht



■ Wichtigere Rolle ■ Weniger wichtige Rolle ■ Die selbe Rolle □ Weiss nicht

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



4. EP-WAHLEN

Die **Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung zum Europäischen Parlament und zum Nationalrat** wurde mittels einer 10-stufigen Skala (von 1=sicher nicht wählen bis 10=sicher wählen) erhoben. Die **Beteiligungabsicht** für die nationale Ebene liegt dabei deutlich über jener **für die Europaebene**, letztere ist **seit Frühjahr 2003 zurückgegangen**.

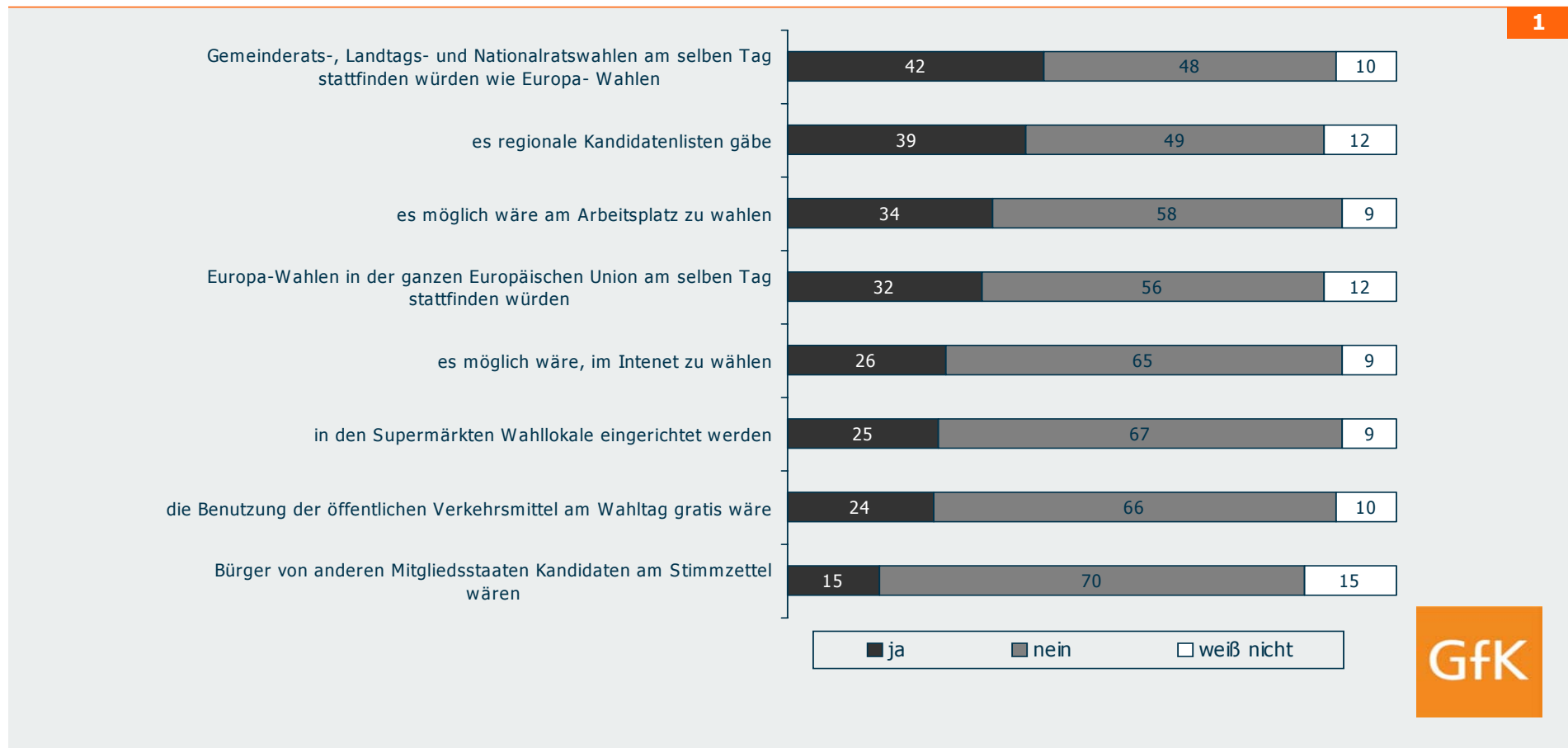
- „**hohe Beteiligungabsicht**“ (Skalenwerte 8,9,10): NRW – 60%, **EPW – 41%**;
- „mittlere Beteiligungabsicht“ (Skalenwerte 4,5,6,7): NRW – 18%, EPW – 20%;
- „keine/geringe Beteiligungabsicht“ (Skalenwerte 1,2,3): NRW – 10%, EPW – 24%.

In der jüngsten und ältesten Alterskohorte, in der unteren Bildungs- und Sozialschicht und in Ost-Österreich liegt die Beteiligungabsicht deutlich unter dem Durchschnitt, generell bei Personen, die der EU kritisch bis ablehnend gegenüberstehen. Dies entspricht den Ergebnissen der Wahltagsbefragung bei den letzten EP-Wahlen in Österreich, wo die Wahlenthaltung unter EU-Kritikern weit höher lag als unter Befürwortern der Union bzw. der österreichischen EU-Mitgliedschaft.

Eine **stärkere Bereitschaft zur Beteiligung an Europawahlen** bekundet man **am ehesten** für den Fall, wenn **Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen am selben Tag stattfinden** würden wie EU-Wahlen, gefolgt von der Existenz regionaler Kandidatenlisten, EP-Wahlen in der ganzen Union am gleichen Tag und Wahlmöglichkeit am Arbeitsplatz. Jeweils etwa ein Viertel verweist auf die Möglichkeit im Internet zu wählen und auf die Gratis-Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel am Wahltag bzw. die Einrichtung von Wahllokalen in Supermärkten. Am wenigsten Wirkung schreibt man Kandidaten aus anderen Mitgliedstaaten zu. Mit Ausnahme des EU-weit einheitlichen Wahltermins haben alle Varianten mit der Frühjahrsumfrage 2003 an Wertigkeit verloren. Eine Zusammenlegung mit anderen Wahlen findet in Österreich im Juni 2004 ebenso wenig statt wie die Erstellung regionaler Kandidatenlisten oder die Einrichtung von Wahllokalen außerhalb der traditionellen Orte, womit **alle „relevanten“ Punkte faktisch obsolet** sind.

Europa-Parlamentswahlen

Frage 48: Würden Sie eher an Europa-Parlamentswahlen teilnehmen, wenn -



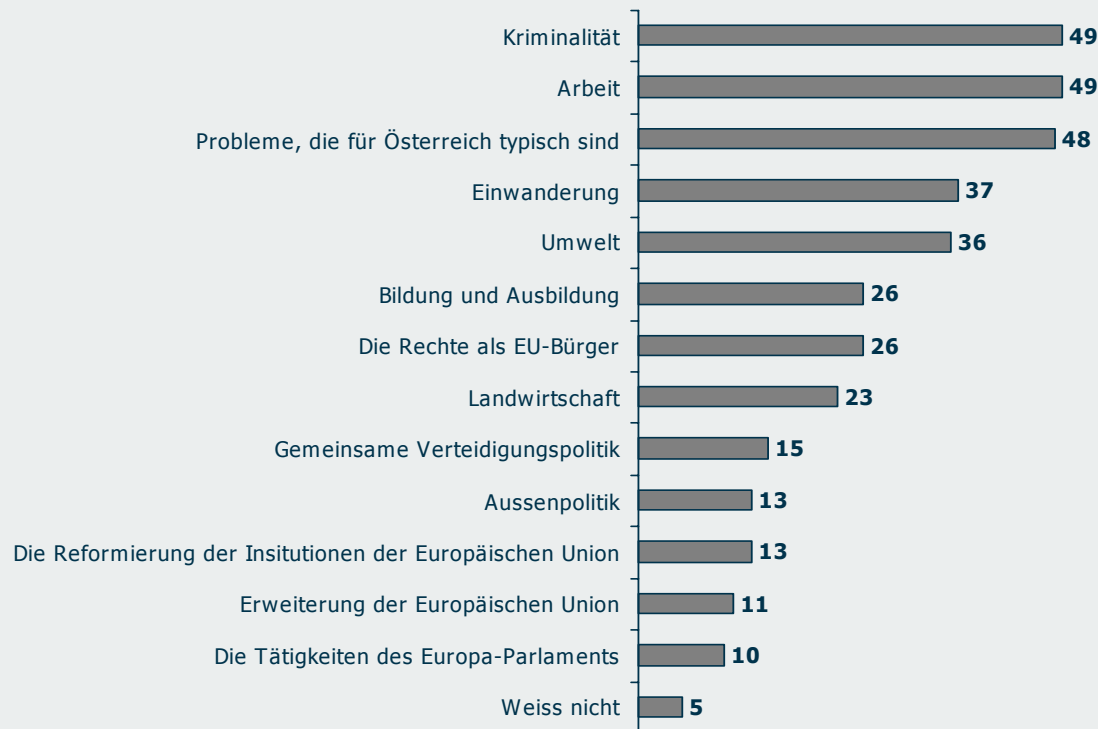
Auf die Frage, auf **welche Bereiche sich die nächste Wahlkampagne des Europa-Parlaments konzentrieren sollte**, nennen je **49% Arbeit/Beschäftigung und Kriminalität, 48% für Österreich typische Probleme, 36% Umwelt**, je 26% die Rechte der EU-Bürger und Ausbildung sowie 23% Landwirtschaft. Das geringste Interesse besteht an der Erweiterung, der Institutionenreform und der Tätigkeit des Europa-Parlaments, Außen- und Verteidigungspolitik.

Informationen über bzw. Kontakte mit Mitgliedern des Europa-Parlaments halten sich eher in Grenzen: 28% geben an, seit den letzten EP-Wahlen nichts (mehr) von den Abgeordneten gehört oder gesehen zu haben bzw. persönliche Kontakte gehabt zu haben. 45% verweisen auf die Berichterstattung im Fernsehen, 40% in den Printmedien und 20% im Radio sowie 6% auf das Internet, 4% auf Flugblätter oder Briefe. Immerhin 5% geben an, Mitglieder des EP bei einer oder mehreren öffentlichen Veranstaltungen gesehen zu haben. Die Kontakte liegen in Österreich über dem Durchschnitt der EU-15, vor allem hinsichtlich der Printmedien- und Radiopräsenz der Kandidaten, aber auch der Präsenz bei Veranstaltungen. Vermutliche Nichtwähler sind freilich überwiegend informations- und kontaktabstinent.

Das **Interesse an Informationen und Kontakten mit EP-Abgeordneten** entspricht grosso modo dem obigen: 34% sind nicht daran interessiert, jeweils ein Drittel wünscht Informationen aus dem Fernsehen und den Printmedien, 18% aus dem Radio und 9% aus dem Internet. Weitere 8% melden Interesse an persönlichem Kontakt mit EP-Mitgliedern bei öffentlichen Veranstaltungen an. Besonders hoch ist das Desinteresse bei Kritikern der EU und ihren Vorhaben.

Wahlkampagne des Europa-Parlaments

Frage 47: Auf welche Bereiche sollte sich Ihrer Meinung nach die nächste Wahlkampagne des Europa-Parlaments hauptsächlich konzentrieren?

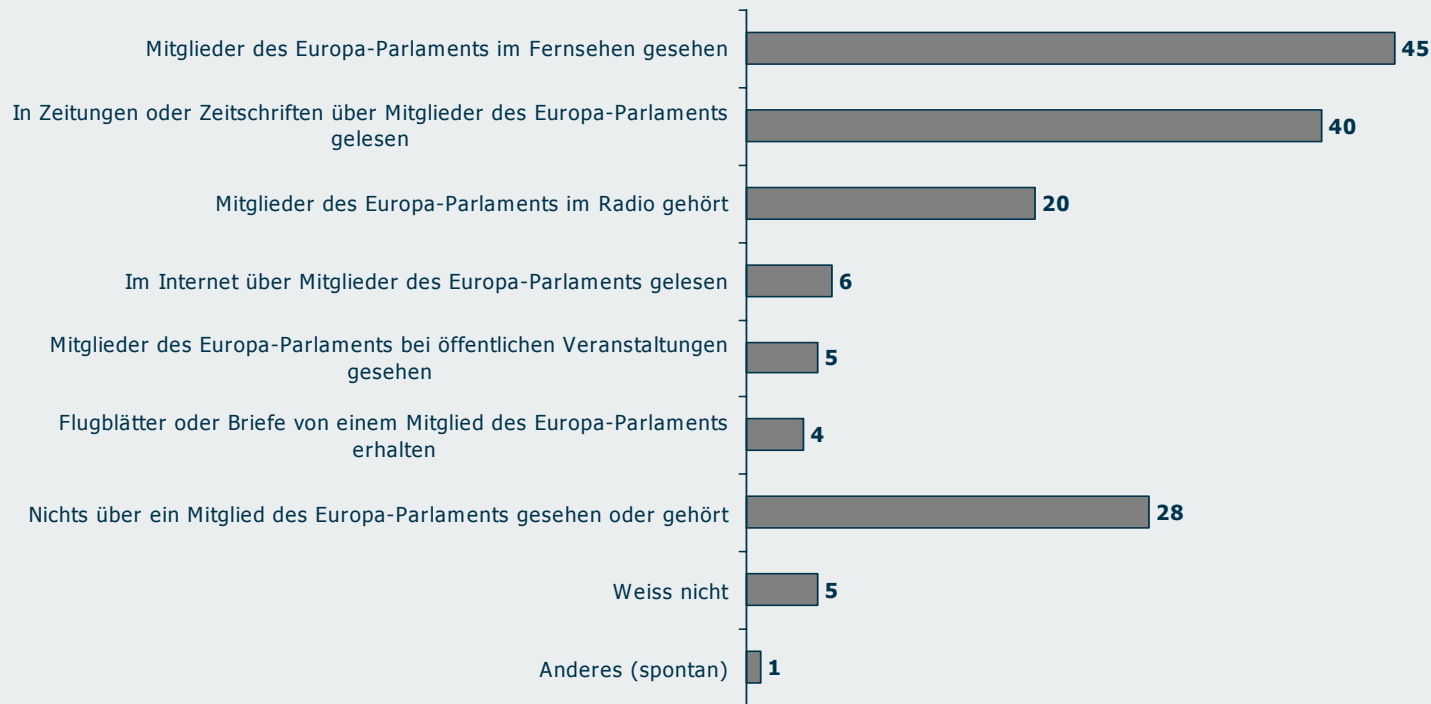


2

GfK

Information seit den letzten Wahlen

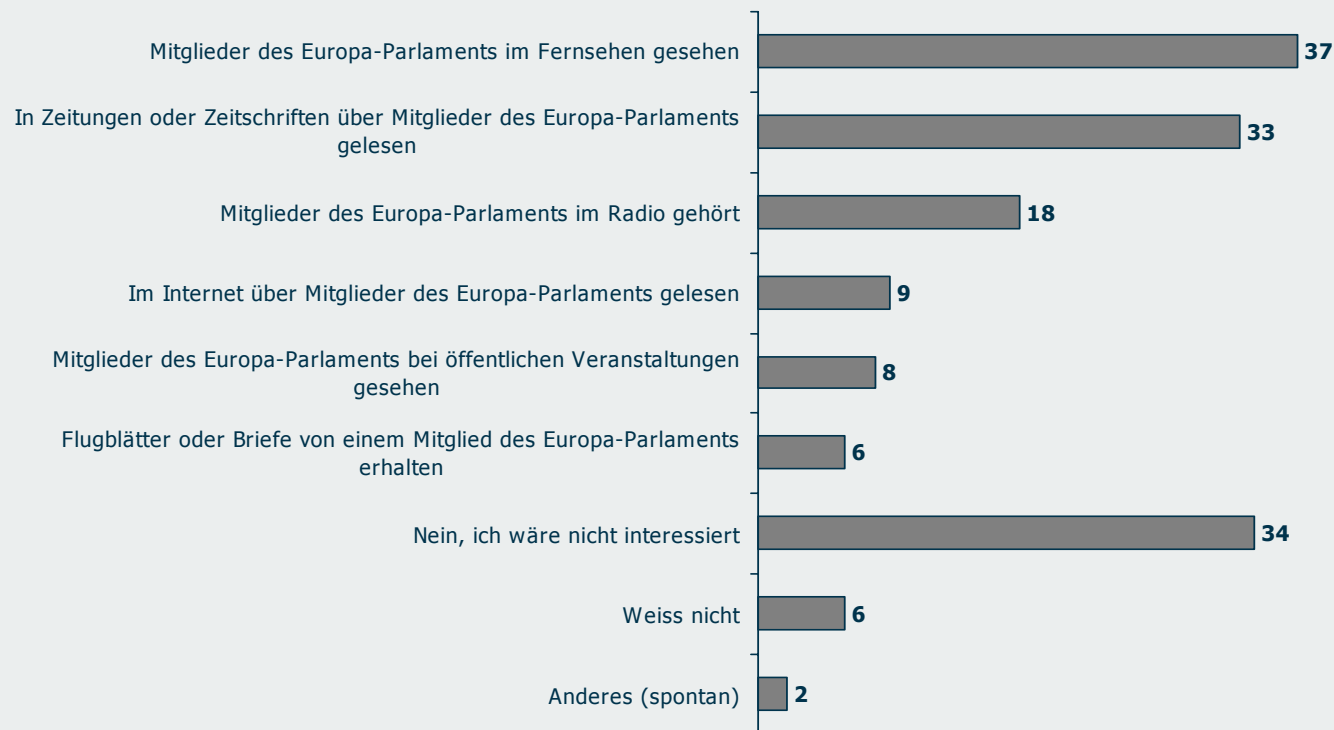
Frage 43: Haben Sie seit den letzten Wahlen zum Europa-Parlament etwas von einem Mitglied des Europa-Parlaments gesehen oder gehört oder hatten Sie auf eine der folgenden Arten Kontakt zu ihm bzw. ihr?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Gewünschte Information über EP-Mitglieder

Frage 44: Wären Sie persönlich daran interessiert, auf eine der Arten, über die wir gerade gesprochen haben, mehr über Mitglieder des Europa-Parlaments zu sehen oder zu hören?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)



Als **wichtigste Entscheidungsmotive** nennen

- **34% ihre Meinung zu nationalen Themen**
- **33% ihre Meinung zu europäischen Themen**
- **29% die Persönlichkeit des/der Kandidaten**
- 23% die Politik des/der Kandidaten
- 17% die Partei des/der Kandidaten
- 3% anderes und 15% beziehen keine Stellung.

Der Persönlichkeitsaspekt liegt dabei in Österreich über, die Felder „Politik des Kandidaten“ und Parteizugehörigkeit unter den europäischen Werten. EU-Kritiker verweisen primär auf die innenpolitische, EU-Befürworter auf die außenpolitische Agenda als mögliches Wahlmotiv.

Das vorliegende Datenbild verweist auf die **Wahrscheinlichkeit einer geringen Wahlbeteiligung**, die noch unter der von 1999 (damals ohnehin nur mehr 49%) zu liegen kommen dürfte. Insbesondere die Gruppe der „ganz sicheren Wähler“ (Skalenwert 10) liegt deutlich unter dem EU-Durchschnitt und in der Größenordnung des Vereinigten Königreichs. Dafür spricht auch eine Reihe weiterer Faktoren:

1. Die **Auswirkungen von Aktivitäten, Entscheidungen etc. des Europaparlaments auf die Befragten** werden als **eher gering eingeschätzt** (28% keine Auswirkungen, Anstieg im Vergleich zum Frühjahr 2003); jedenfalls weit geringer als die der EU insgesamt, vor allem aber als die nationaler Institutionen.
2. Obwohl ca. sechs von zehn Befragten der Ansicht zustimmen, dass EP-Wahlen wirklich wichtig sind und das Europa-Parlament mehr Macht hat als der Österreichische Nationalrat glaubt **nur ein Drittel (38%) dass ihre Interessen durch die Mitglieder des EP gut geschützt werden**, 50% stimmen dem nicht zu. Im Frühjahr 2003 glaubte noch fast die Hälfte an eine solche positive Aktivität der EP-Abgeordneten, während nur ein Drittel das verneinte.
3. Das **Stimmungsklima gegenüber der EU und ihren Institutionen**, gerade auch dem Parlament hat sich in den letzten Jahren **merkbar verschlechtert**; EU-Kritiker sind jedoch weit weniger zur Stimmabgabe bereit als Befürworter der Union, ihrer Aktivitäten und Institutionen.

Eine Analyse nach politisch-ideologischen Orientierungen auf der links-rechts Skala zeigt ein differenziertes, für die EP-Wahlen aber nur begrenzt relevantes Bild:

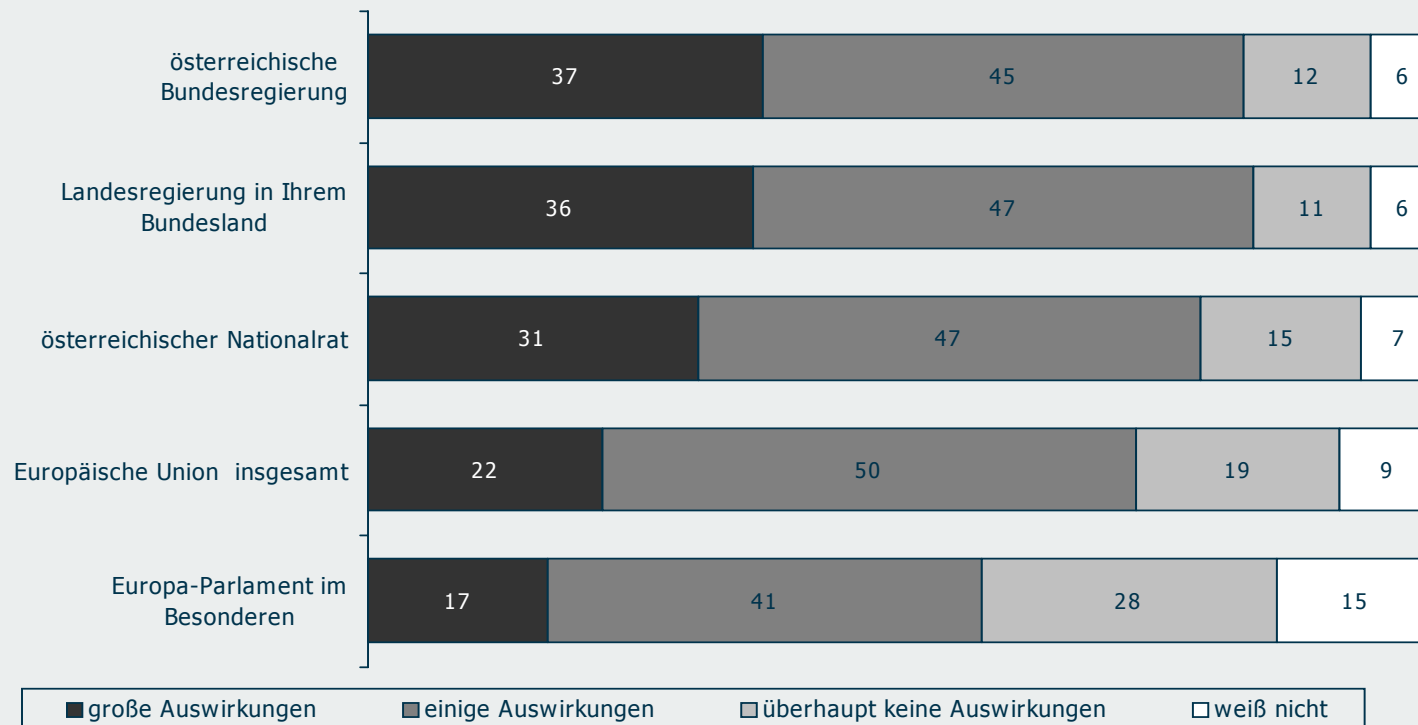
- + „Linke“ Respondenten stehen der EU generell positiver gegenüber als solche der „Mitte“, vor allem aber der „Rechten“ und ideologisch „Nichtdeklarierte“ (letzte machen ein Drittel der Befragten aus), sie schreiben auch den EP-Abgeordneten eher eine positive Vertretung ihrer Interessen zu.
- + Umgekehrt vermuten „Rechte“ einen vergleichsweise größeren Einfluss der EU, teilweise auch des EP auf Menschen wie sie selbst.
- + „Linke“ Respondenten betonen sowohl die Wertigkeit nationaler wie europäischer Themen und die Persönlichkeit des Kandidaten für ihre persönliche Wahlentscheidung bei der EP-Wahl.
- + Die Wahlbeteiligungsabsicht der „Linken“ für die EP-Wahlen liegt etwas über dem Durchschnitt.

Andererseits haben im **bisherigen EP-Wahlkampf** (Stand Mitte Mai 2004) **inhaltliche Europa-Themen nur eine beschränkte Rolle gespielt**. Innenpolitische Momente wurden vor allem von den Vertretern der Oppositionsparteien (Sozialdemokraten und GRÜNE) ins Spiel gebracht. **Dominierendes mediales Thema** waren **die Einkommens- und Spesenregelungen für die EP-Abgeordneten**, das vor allem von der **neugegründeten Partei** des früheren SPÖ-Spitzenkandidaten **Martin** besetzt wird und die anderen Parteien (inklusive der Freiheitlichen) eher in der Defensive sehen. Es ist damit zu rechnen, dass die Martin-Partei einen Teil der (ansonsten vermutlich Wahlabsinenten) EU-Kritiker für sich gewinnen kann, seien es solche der Rechten, seien es solche der Linken. Diese Gruppierung ist aber praktisch gänzlich von der massenmedialen Präsenz ihres Spitzenkandidaten abhängig, da sie faktisch über keine finanziellen, organisatorischen und personellen Ressourcen verfügt. Das schränkt ihre politische Mobilisierungsfähigkeit ebenso ein wie die zu erwartende Prägung des Wahlkampfes durch „negative campaigning“ (Martin, oppositionelle SPÖ und GRÜNE) vor einem an EU-Problemen weitgehend desinteressierten Wählerpublikum, was **begründete Zweifel an einer erfolgreichen Motivierung zur Stimmabgabe** aufkommen lässt. Bedauerlicherweise hat die potentielle Wertigkeit von Negativthemen für die EP-Wahl keinen Eingang in die Eurobarometer-Fragestellungen gefunden.

Institutionen und Auswirkungen

Frage 45: Bitte sagen Sie mir, welche Auswirkungen die Aktivitäten, Entscheidungen usw. folgender Institutionen auf Menschen wie Sie haben. Sagen Sie mir jeweils, ob sie große, einige oder überhaupt keine Auswirkungen haben?

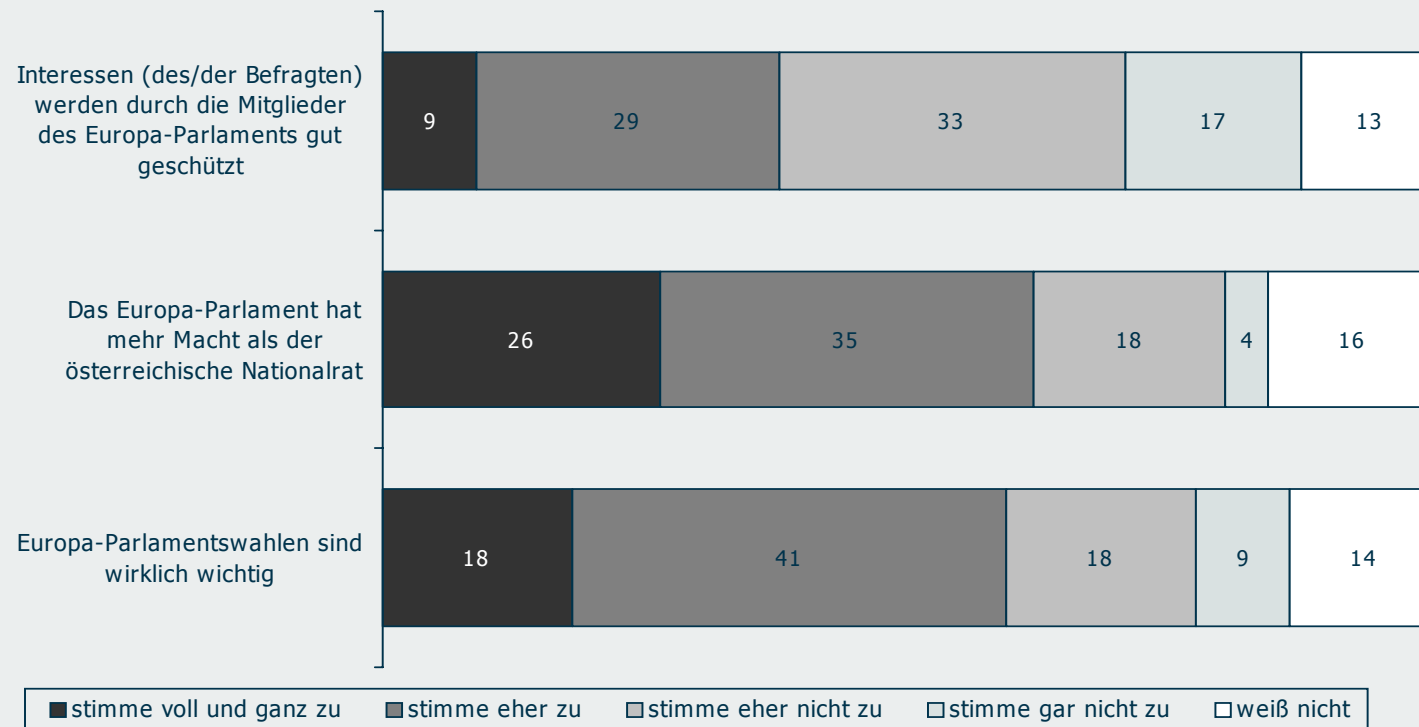
5



Zustimmung zu Aussagen

Frage 46: Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen?

6



5. INSTITUTIONELLE REGELN, AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK, UND WISSEN

Die **Turnusregelung**, wonach jedes Land abwechselnd für sechs Monate den **Vorsitz im Rat der Europäischen Union** stellt und somit für jedes Land die Möglichkeit besteht, regelmäßig die Präsidentschaft zu stellen, **begrüßen 47% der Österreicher**, 36% sprechen sich für eine Verlängerung der Präsidentschaft aus (17% weiß nicht). Beinahe **zwei Drittel** (64%) befürworten die Beibehaltung des Veto-Rechts in bestimmten Bereichen, um wichtige nationale Interessen zu schützen, 17% wollen das Veto-Recht auf einige wenige wichtige Bereiche beschränkt und 6% gänzlich abgeschafft wissen, um die EU effektiver zu machen (13% weiß nicht). Das diesbezügliche Meinungsbild unterliegt in Österreich im Zeitverlauf keinen nennenswerten Veränderungen. Ähnlich ausgeprägt erweist sich der **Wunsch nach der Beibehaltung des Prinzips „eine Stimme pro Mitgliedsstaat“ im Ministerrat unabhängig von der Bevölkerungsgröße** (63%); nur 17% wollen die Stimmenzahl proportional zur Bevölkerungszahl bestimmt wissen und 9% plädieren für eine andere Regelung (11% weiß nicht).

Die drei genannten Regelungen (regelmäßige Vorsitzführung durch jedes Land im Europäischen Rat, Beibehaltung des Veto-Rechts und Eine-Stimme-Pro-Land im Ministerrat) können auch als Indikatoren für einen Wunsch nach einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Mitgliedsstaaten der Union unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl gesehen werden. Betrachtet man alle drei Indikatoren, so zeichnet sich ein strukturiertes Einstellungsmuster ab: in Irland, Österreich, Luxemburg, Dänemark und Griechenland finden alle drei Regelungen eine Zustimmung mit absoluter oder relativer Mehrheit. Nicht zufällig gehören zu dieser Gruppe ausschließlich kleine Mitgliedsländer, was auch für die zweite Gruppe gilt (Mehrheit für Vetorecht und eine Stimme pro Land im Ministerrat), dazu zählen Finnland, Schweden und Portugal. Schon schwächer ausgeprägt ist dieses Meinungsbild im Vereinigten Königreich, in Spanien und vor allem in Frankreich. In Belgien, den Niederlanden und Italien finden sich noch Mehrheiten für Eine-Stimme-Pro-Land im Ministerrat, hier existieren bereits Mehrheiten für eine deutliche Einschränkung bzw. Abschaffung des Vetorechts und wenig Interesse am regelmäßigen Turnussystem im Europäischen Rat. In Deutschland spricht sich eine starke Majorität für die proportionelle Vertretung im Ministerrat und für ein Abgehen vom Turnus im Rat der Europäischen Union aus und nur mehr eine knappe Mehrheit für die Beibehaltung des Veto-Rechts.

Tabelle: Institutionelle Regelungen im EU-Vergleich

Prozentpunktdifferenz (PPD)			
a) Ministerrat: eine Stimme für jedes Land unabhängig von der Bevölkerungsgröße (+) vs. Zahl der Stimmen proportional zur Bevölkerungsgröße (-)			
b) Veto-Recht: Beibehaltung (+) versus Einschränkung oder Abschaffung (-)			
c) Rat der Europäischen Union: Turnusvorsitz für jedes Land 8+) vs. Verlängerung der Präsidentschaft (-)			
Land	PPDa	PPDb	PPDc
Irland	+43	+42	+16
Österreich	+46	+47	+11
Luxemburg	+45	+46	+1
Dänemark	+56	+22	+1
Griechenland	+32	+53	+1
Finnland	+56	+18	-11
Schweden	+47	+18	-9
Portugal	+33	+31	-14
United Kingdom	+16	+14	-29
Spanien	+14	+9	-2
Frankreich	+6	+1	-33
Belgien	+22	-7	-13
Niederlande	+22	-4	-27
Italien	+15	-3	-11
Deutschland	-21	+4	-21

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Die **überwiegende Mehrheit** der österreichischen Befragten tritt für einen **Ausbau der gemeinsamen Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik** ein. Jeweils etwa drei Viertel befürworten

- die Wahrung der Menschenrechte in jedem EU-Mitgliedsland und weltweit, auch wenn dies gegen die Wünsche einiger Mitgliedstaaten bzw. anderer Länder sein sollte;
- eine von den USA unabhängige Außenpolitik der EU;
- die Vertretung eines gemeinsamen Standpunktes der EU-Mitgliedsländer im Falle einer internationalen Krise;
- ein Mitspracherecht der neutralen Mitgliedsländer in der EU-Außenpolitik.

Etwa zwei Drittel sprechen sich aus für

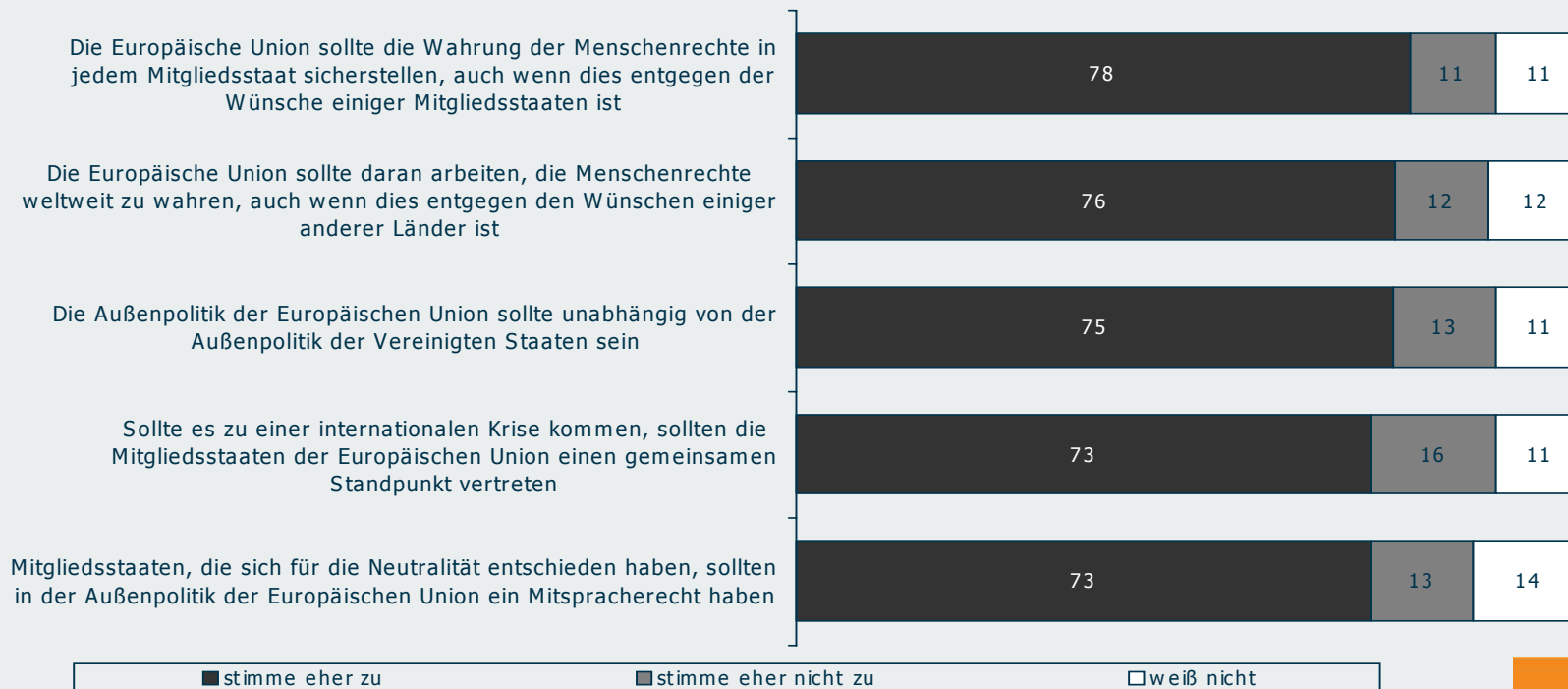
- einen eigenen Sitz der EU im UNO-Sicherheitsrat;
- eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU für Menschen aus Nicht-EU-Ländern;
- eine gemeinsame Asylpolitik.

Etwas geringer fällt die Zustimmung für eine schnelle militärische Einsatztruppe der EU für den raschen Einsatz in Krisengebieten (60% Zustimmung, 26% Ablehnung) und für einen gemeinsamen Außenminister aus (60% zu 23%).

Entscheidungen über die Europäische Verteidigungspolitik will man vor allem von den **nationalen Regierungen** getroffen wissen (39%), 35% bevorzugen die EU. Nur 10% möchten die Entscheidungskompetenz bei der NATO wissen. Dies bedeutet einen Meinungsumschwung, da im Herbst 2003 noch 40% der EU und nur 36% den nationalen Regierungen den Vorzug gegeben hatten.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

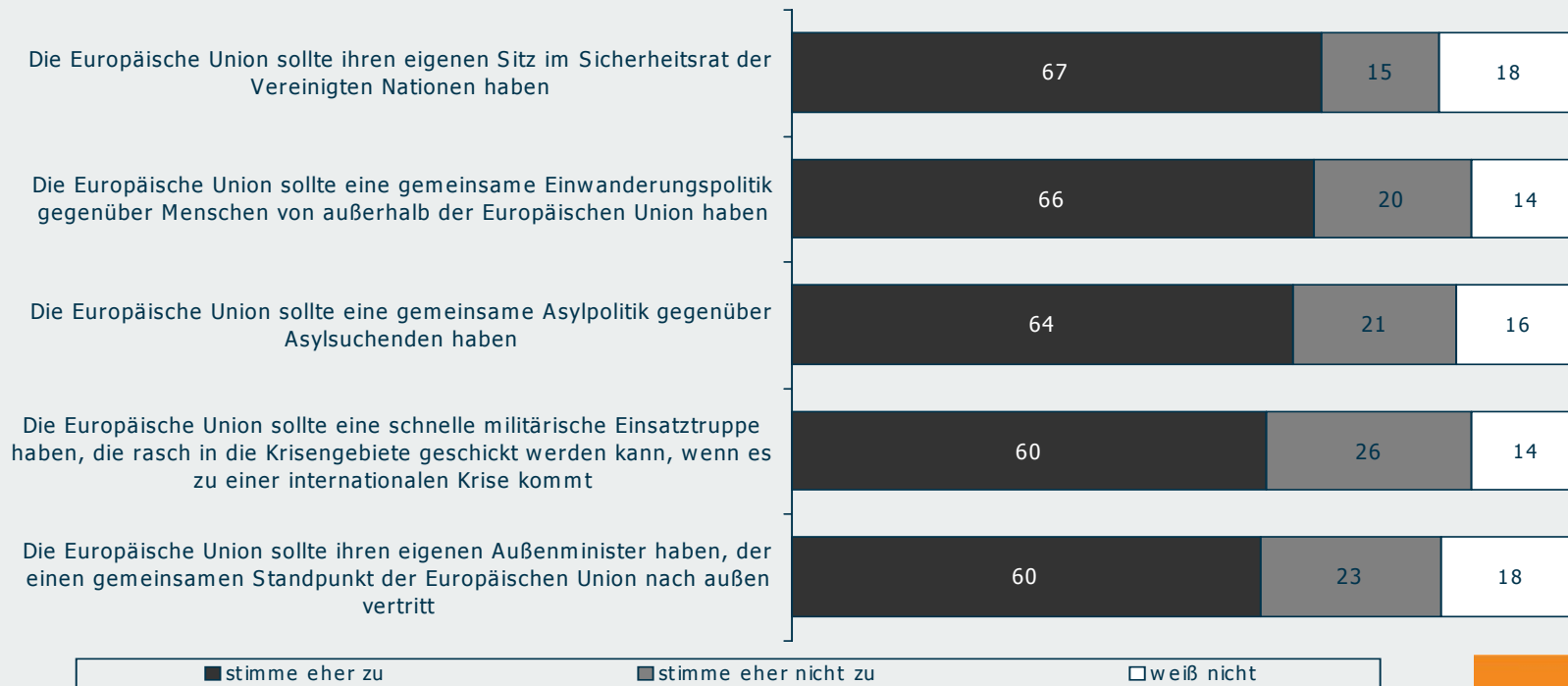
Frage 30: Die Europäische Union hat bereits eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik und eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gibt nun eine Diskussion darüber, in welchem Ausmaß diese Einrichtungen noch ausgebaut werden sollen. Stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Frage 30: Die Europäische Union hat bereits eine gemeinsam Sicherheits- und Außenpolitik und eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gibt nun eine Diskussion darüber, in welchem Ausmaß diese Einrichtungen noch ausgebaut werden sollen. Stimmen Sie den folgenden Aussagen eher zu oder eher nicht zu?



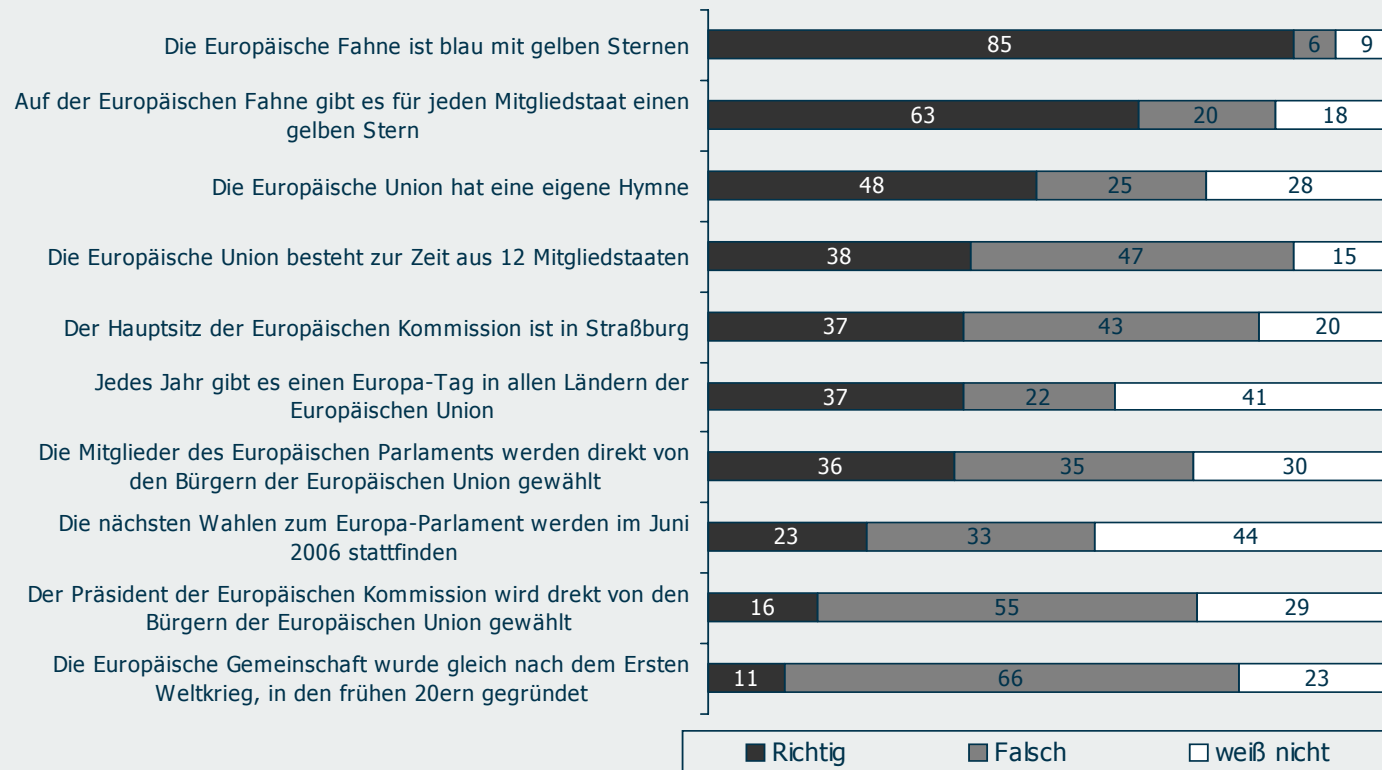
Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Unzureichend informiert zeigen sich die Österreicher **über die Verwendung der Budgetmittel der EU**: 28% meinen, der Großteil des EU-Budgets werde für Verwaltungs-, Personal- und Budgetkosten ausgegeben – unter Kritikern der EU liegt dieser Prozentsatz etwa doppelt so hoch wie bei Personen mit einer EU-freundlichen Einstellung. Immerhin 19% nennen die Landwirtschaft (in Tirol eine Mehrheit), 11% Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, 10% regionale Förderung. Auf Außenpolitik und Hilfe für Länder außerhalb der EU entfallen 7%, auf wissenschaftliche Forschung 6%. 17% können diese Frage nicht beantworten. **Das diesbezügliche Bild ist in den meisten EU-Ländern ähnlich** – mit der bemerkenswerten Ausnahme von Dänemark, wo immerhin 43% auf die Landwirtschaft verweisen.

Der **Wissensstand über die EU in anderen Bereichen erweist sich als unterschiedlich**: 85% kennen die EU-Fahne (blau mit gelben Sternen), aber 63% glauben, dass es auf der Europäischen Fahne für jeden Mitgliedsstaat einen Stern gibt – in beiden Fällen teilen die Österreicher das Wissen bzw. die Fehlinformation der meisten EU-Bürger. Zwei Drittel bezeichnen zu Recht die Aussage als falsch, die Europäische Gemeinschaft sei gleich nach dem Ersten Weltkrieg in den frühen 20ern gegründet worden und ca. die Hälfte verneint die Aussagen, die EU bestehe aus 12 Mitgliedsstaaten: Hier – wie beim Wissen um die Existenz einer Europahymne (48% richtig) liegen die Österreicher über dem Durchschnitt der EU-15. Die Existenz eines Europa-Tags ist knapp einem Drittel bekannt (41% weiß nicht, 22% falsch) und gleichfalls lediglich ein Drittel wusste im Februar/März 2004, dass die nächsten EP-Wahlen **nicht** im Juni 2006 stattfinden werden (44% weiß nicht, 23% richtig). Geteilt sind die Meinungen, ob der Hauptsitz der Europäischen Kommission in Straßburg ist (37% richtig) oder nicht (43% falsch). Hinsichtlich der Frage, ob die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt von den Bürgern der EU gewählt werden, war der Informationsstand drei Monate vor der EP-Wahl eher dürftig (jeweils ca. ein Drittel richtig, falsch oder weiß nicht) und deutlich schlechter als im EU-Durchschnitt, während immerhin 55% die Aussage als falsch erkannten, dass der Präsident der EU-Kommission direkt von den EU-Bürgern gewählt wird.

Wissen über die EU

Frage 24: Können Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen über die Europäische Union sagen, ob Sie glauben, dass sie wahr oder falsch ist?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

6. SONDERTHEMEN

Die Österreicher setzen **viel Vertrauen in die staatlichen Institutionen** (Polizei, Justiz, Rechtssystem, öffentliche Verwaltung), ferner in das **Bundesheer** sowie in **Wohltätigkeits- und ehrenamtliche Organisationen**. Mehr Vertrauen als Misstrauen bekundet man auch für **elektronische Medien**, die **UNO**, sowie ansatzweise für die Printmedien. Beim **Nationalrat** halten **Vertrauen und Misstrauen** einander die **Waage**. An **einem leichten Vertrauensdefizit** laborieren der **Nationalrat** und die **religiösen Institutionen**; an einem stärkeren die **Gewerkschaft** und die **Bundesregierung**; an einem sehr **starken Defizit** die **EU, große Firmen** und **vor allem die politischen Parteien**.

Im Vergleich zum Herbst 2003 haben in Österreich Polizei und Justiz an Vertrauen gewonnen, die Gewerkschaft etwas und die elektronischen Medien (Fernsehen, Radio) sowie die EU stark an Vertrauen verloren. Besonders auffällig dabei die ständige Verschlechterung der Vertrauensbilanz im Falle der Europäischen Union seit 2002.

Politische Diskussionen mit Freunden werden von 14% häufig und 64% gelegentlich geführt, 20% halten private Kontakte von politischen Themen frei. Noch zurückhaltender zeigt man sich, wenn es darum geht Freunde, Verwandte oder Arbeitskollegen **von der eigenen Meinung**, auf die großer Wert gelegt wird, **zu überzeugen**: 9% tun dies häufig, 42% von Zeit zu Zeit, 27% selten und 17% niemals.

Tabelle: Institutionenvertrauen im EU-Vergleich

„Nun eine Frage über das Vertrauen in bestimmte Institutionen. Ich lese Ihnen Institutionen vor und Sie sagen mir für jede einzelne, ob Sie ihr eher vertrauen oder ob Sie ihr eher nicht vertrauen.“

In Prozent	Österreich						
	vertrauen	nicht vertrauen	weiß nicht	PPD 2002	PPD 2003/1	PPD 2003/2	PPD 2004/1
• Polizei	76	19	5	+54	+54	+52	+57
• Justiz/nationales Rechtssystem	68	23	8	+43	+46	+41	+45
• Fernsehen	60	34	6	+32	+39	+38	+26
• Radio	59	34	7	+33	+37	+37	+25
• Bundesheer (Streitkräfte)	62	27	11	+39	+37	+40	+35
• Wohltätigkeits- oder ehrenamtliche Organisationen	57	30	13	+30	+36	+24	+27
• UNO	49	37	14	+15	+7	+14	+12
• Presse	49	43	8	+4	+2	+5	+6
• österreichischer Nationalrat (nationales Parlament)	41	45	14	+15	-1	-2	-4
• österreichische Bundesregierung (nationale Regierung)	39	50	11	+5	-4	-11	-11
• religiöse Institutionen	43	47	11	-4	-9	-5	-4
• Gewerkschaften	38	48	14	-10	-10	-4	-10
• Europäische Union	31	57	12	-6	-14	-16	-26
• große Firmen	34	53	14	-19	-23	-17	-19
• politische Parteien	19	71	11	-40	-50	-53	-52

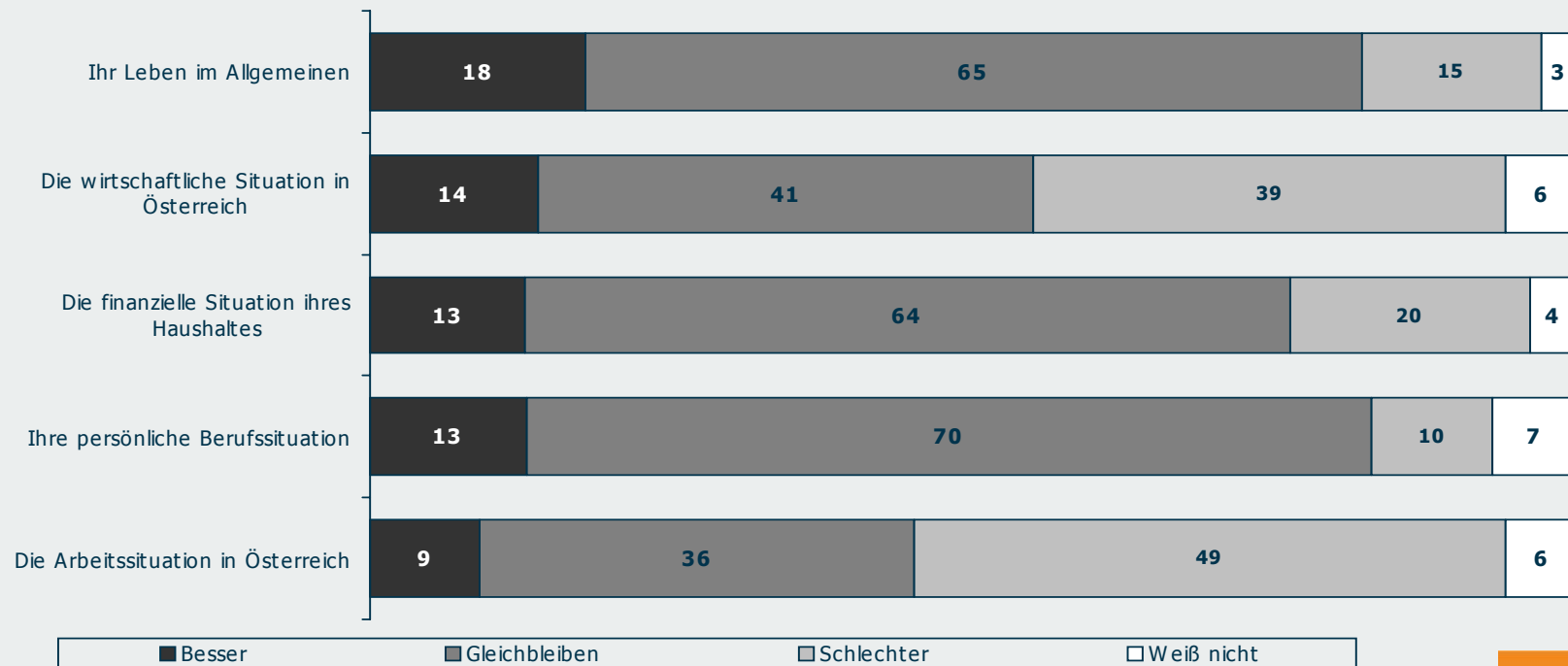
Quelle: EUROBAROMETER 61, Feb./März 2004

Für die kommenden 12 Monate erwarten sich jeweils ca. zwei Drittel keine Veränderung für ihr Leben im allgemeinen und für ihre persönliche Berufssituation; wo Veränderungen erwartet werden, sind es eher solche zum Positiven. In Bezug auf die finanzielle Situation des Haushaltes der Befragten vermuten knapp zwei Drittel ein Gleichbleiben, 20% eine Verschlechterung, 13% eine Verbesserung. Weit kritischer fällt die Einschätzung der allgemeinen Perspektiven für Österreich aus: 49 % befürchten eine Verschlechterung der Arbeits(markt)situation in Österreich (36% gleichbleibend, 9% Verbesserung), 39% eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Land (41% gleichbleibend, 14% Verbesserung). In allen Kategorien fällt die Erwartungslage negativer aus als im Herbst 2003.

Im Vergleich zu ihrer persönlichen Situation vor fünf Jahren orten zwar 47% ein Gleichbleiben, aber mit 27% mehr Personen eine Verschlechterung als eine Verbesserung (22%). Prospektiv sieht man die Dinge etwas rosiger: 24% erhoffen eine Verbesserung, 15% eine Verschlechterung (53% bleibt in etwa gleich).

Zukunftsperspektiven

Frage 4: Welche Erwartungen habe Sie für die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich bleiben, wenn Sie an die folgenden Dinge denken?

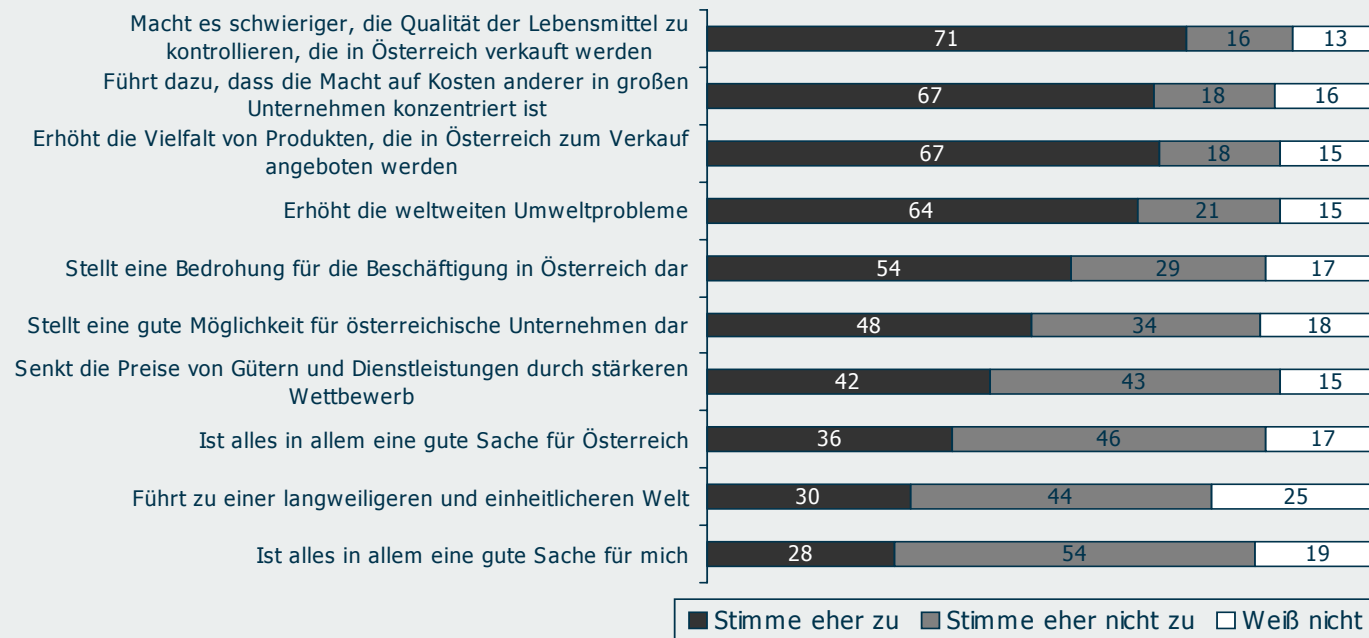


Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

An der **Globalisierung** nehmen Herr und Frau Österreicher **primär negative Aspekte** wahr: sieben von zehn Befragten meinen, die Globalisierung macht es **schwieriger, die Qualität der Lebensmittel zu kontrollieren**, die in Österreich verkauft werden, zwei Drittel vermuten eine **Machtkonzentration bei großen Unternehmen** auf Kosten anderer bzw. eine Erhöhung der **weltweiten Umweltprobleme**; 54% befürchten eine Bedrohung für die Beschäftigung in Österreich. **Positiv** verweisen zwei Drittel auf die **steigende Produktvielfalt in Österreich**, knapp die Hälfte auf **gute Möglichkeiten für österreichische Unternehmen**. Bezüglich der Auswirkungen auf die Preise sind die Meinungen geteilt (42% Preissenkung durch stärkeren Wettbewerb, 43% sehen das nicht so). 44% monieren eine Entwicklung hin zu einer langweiligeren und einheitlicheren Welt. Insgesamt halten 46% die Globalisierung nicht für eine gute Sache für Österreich (36% alles in allem eine gute Sache) und noch mehr vertreten die Ansicht, die Globalisierung sei für sie selbst keine gute Sache (28% alles in allem eine gute Sache). Bei den beiden letzten Punkten fällt auf, dass junge Menschen der Globalisierung positiver gegenüberstehen als ältere, EU-Kritiker zeigen sich besonders negativ. Blue-collars sind interessanterweise etwas globalisierungsfreundlicher eingestellt als White-collars. Die ideologische Selbstbewertung zeigt zunächst nur wenig Effekte: Rechte, Linke und Mitte-Respondenten unterscheiden sich hier kaum.

Einschätzung der Globalisierung

Frage 36: Möglicherweise haben Sie schon von der Globalisierung gehört, das ist die weltweite Öffnung aller Wirtschaften, was zur Schaffung eines weltweiten Marktes führt. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr eher zustimmen oder eher nicht zustimmen?

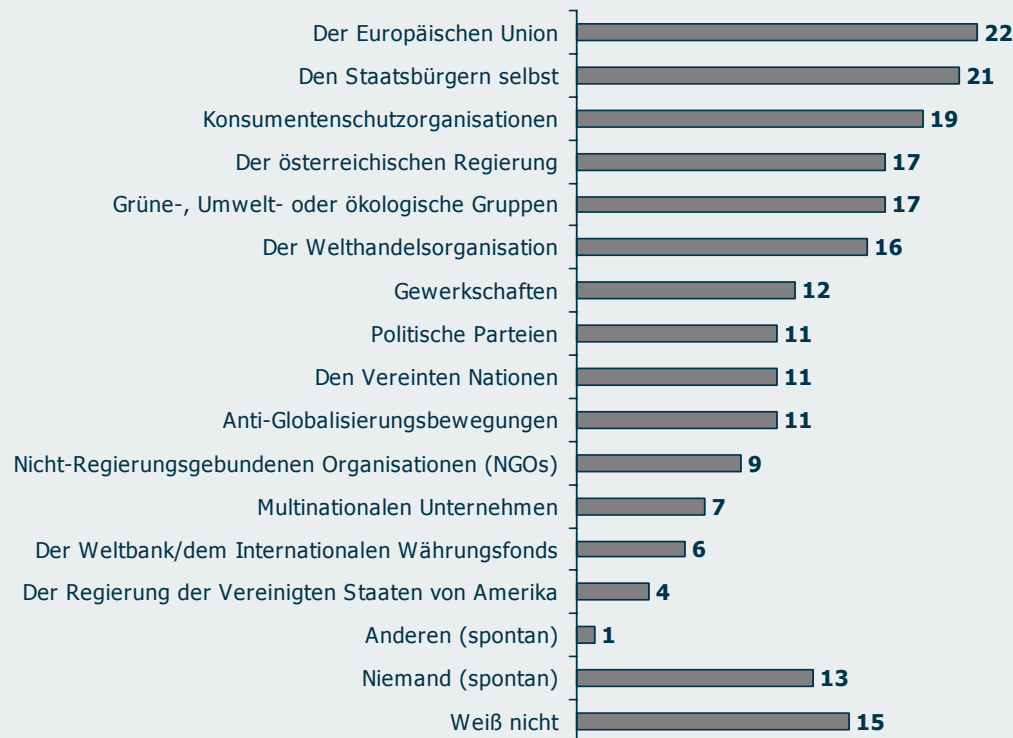


Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Generell bringt man **keiner Institution besonderes Vertrauen entgegen, die Auswirkungen der Globalisierung in den Griff zu bekommen**. Am ehesten traut man dies noch der EU (22%), den Staatsbürgern selbst (21%) und Konsumentenschutzorganisationen zu (19%), gefolgt von der Österreichischen Regierung, Grünen und Umweltgruppen sowie der Welthandelsorganisation. Gewerkschaften, politische Parteien, die UNO, Anti-Globalisierungsbewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen nennt etwa jede(r) Zehnte. Am wenigsten traut man diesbezüglich multinationalen Unternehmen, Weltbank/Internationaler Währungsfonds und der Regierung der USA zu. Im EU-Vergleich zeichnet sich Österreich durch ein etwas überdurchschnittliches Vertrauen in die politischen Parteien und Gewerkschaften (insgesamt jedoch auf niedrigem Niveau) und ein unterdurchschnittliches Vertrauen in Konsumentenschutzorganisationen, Weltbank, NGOs und die EU aus. Womit abschließend wieder der Bezug zur EU-kritischen Stimmung im Land hergestellt ist.

Globalisierungskontrolle durch Institutionen

Frage 37: Wem von der folgenden Liste trauen sie am ehesten zu, die Auswirkungen der Globalisierung in den Griff zu bekommen?



Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

7. ANNEX: EU-25 SCHLÜSSELINDIKATOREN

Im Mai 2004 ist die EU um 10 Länder erweitert worden. Diese Länder unterscheiden sich nicht nur nach Lebensstandard, Wirtschaftsleistung, Sozialstruktur, historischer Erfahrung, Größe und geografischer Lage sondern auch im Hinblick auf ihre Einstellungen zur EU, ihren Institutionen und ihrer Politik. Wie schon aus dem Abstimmungsverhalten über den Beitritt ersichtlich, begrüßte zwar in allen 10 Ländern eine Mehrheit den Beitritt, allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung. Dies schlägt sich auch in der generellen Einstellung zur EU-Erweiterung nieder: der Prozentsatz an Beitrittsbefürwortern variiert von 58% in Estland, ca. zwei Drittel in Tschechien, Lettland, Litauen und Malta, ca. drei Viertel in Polen und Ungarn und acht von zehn Bürgern in Zypern, Slowenien und der Slowakei. Dieses Meinungsbild hat sich seit dem Herbst 2003 kaum verändert und wenn dann eher in eine positive Richtung (vor allem Ungarn, Litauen und Zypern). Mit wenigen Ausnahmen (Griechenland, Irland, Dänemark und Spanien) stehen die Befragten in den „alten“ Mitgliedsländern der Erweiterung weit skeptischer gegenüber, wobei die größte Skepsis aus Großbritannien, Österreich, Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg kommt. Die Zustimmung zur Erweiterung zeigt aber gerade bei den „Neuen“ auch zunehmend kritische Untertöne. Im Frühjahr 2004 wird die Mitgliedschaft in allen zehn Ländern weniger positiv gesehen als im Herbst 2003. Das Vertrauen in die EU wie in die Kommission liegt im Schnitt der „Neuen“ im Schnitt der „Alten“ – in beiden Fällen mit beträchtlichen länderspezifischen Variationen; ähnliches gilt für die Unterstützung einer EU-Verfassung und des Euro. Etwas über dem Durchschnitt liegt die Unterstützung für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (am geringsten in Malta).

Tabelle: Einstellungen zur EU, ihren Institutionen und ihrer Politik im Überblick (I)

in Prozent	EU-Mitgliedschaft		Vertrauen		Befürwortung		Befürwortung gemeinsamer	
	von Vorteil	gute Sache	in EU	in EK	Verfassung	Euro	Außenpolitik	Sicherheitspolitik
NMs 10	52	43	40	48	63	60	68	79
EU 15	48	48	41	47	63	60	65	72
EU 25	47	47	41	48	63	60	66	74

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)

Sieht man von der Erweiterungsfrage einmal ab, so sind die Unterschiede im Einstellungsbild innerhalb der Neuen Mitgliedstaaten wie innerhalb der „alten“ EU-15 größer als zwischen diesen beiden „Gruppen“. Die folgende Betrachtungsweise bezieht sich daher auf die **Einstellungen aller Mitgliedsländer zu acht Schlüsselindikatoren** (Einschätzung der Mitgliedschaft als vorteilhaft bzw. gute Sache; Vertrauen in die EU bzw. die Kommission; Befürwortung einer EU-Verfassung bzw. des Euro; Befürwortung einer gemeinsamen Außenpolitik bzw. Sicherheitspolitik). Betrachtet werden jeweils: stark über- oder stark unterdurchschnittliche Prozentwerte (++, --: mindestens 10 Prozentpunkte plus/minus dem Mittel der EU-25); über- oder unterdurchschnittliche Prozentwerte (+,-: 3-9 Prozentpunkte plus/minus); durchschnittliche Prozentwerte (0: maximale Abweichung plus/minus 2 Prozentpunkte vom Mittel der EU-25), sowie die Länder mit den höchsten bzw. niedrigsten Zustimmungen.

1. Zustimmung zu einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (EU-25: 74%)

++ (85% oder mehr):	1 Land (Zypern: mit 91%)
+ (77% - 83%):	13 Länder
0 (72% - 76%):	2 Länder
- (65% - 71%):	2 Länder
-- (64% oder weniger):	7 Länder (UK: 52%, Malta: 54%, Schweden: 55%)

2. Zustimmung zu einer gemeinsamen Außenpolitik (EU-25: 66%)

++ (76% oder mehr):	5 Länder (Zypern: 81%, Griechenland: 79%)
+ (69% - 75%):	7 Länder
0 (64% - 68%):	3 Länder
- (57% - 63%):	5 Länder
-- (56% oder weniger):	5 Länder (UK: 39%)

3. Zustimmung zur EU-Verfassung (EU-25: 63%)

++ (73% oder mehr):	3 Länder (Italien: 78%)
+ (66% - 72%):	7 Länder
0 (61% - 65%):	3 Länder
- (54% - 60%):	6 Länder
-- (53% oder weniger):	6 Länder (Dänemark: 37%)

4. Befürwortung einer Europäischen Währungsunion mit Euro als einheitlicher Währung
(EU-25: 60%)

++ (70% oder mehr):	6 Länder (Luxemburg: 88%)
+ (63% - 69%):	9 Länder
0 (58% - 62%):	3 Länder
- (51% - 57%):	2 Länder
-- (50% oder weniger):	5 Länder (UK: 26%)

Vergleichsweise bescheidener als die Zustimmung zu konkreten Vorhaben oder politischen Inhalten fallen die generalisierten Bewertungen der EU sowie die Vertrauensindikatoren aus. Dies gilt in den meisten Fällen auch für die einzelnen Länder: nur in Dänemark (überdurchschnittliche EU-Bewertung aber Abneigung gegen gemeinsame Verfassung, gedämpfte Zustimmung zu Euro und gemeinsamer Außenpolitik) sowie ansatzweise in Malta und Litauen kommt dieses Muster nicht zum Tragen.

5. EU-Mitgliedschaft vorteilhaft für das eigene Land (EU-25: 48%)

++ (58% oder mehr):	9 Länder (Griechenland: 82%)
+ (51% - 57%):	4 Länder
0 (46% - 50%):	6 Länder
- (39% - 45%):	2 Länder
-- (38% oder weniger):	4 Länder (Schweden: 27%, UK: 30%)

6. EU-Mitgliedschaft gute Sache für das eigene Land (EU-25: 47%)

++ (57% oder mehr):	6 Länder (Luxemburg: 75%)
+ (50% - 56%):	5 Länder
0 (45% - 49%):	4 Länder
- (38% - 44%):	5 Länder
-- (37% oder weniger):	5 Länder (UK: 29%, Österreich: 30%, Estland: 31%)

7. Vertrauen in die Europäische Kommission (EU-25: 48%)

++ (58% oder mehr):	7 Länder (Luxemburg: 66%)
+ (51% - 57%):	6 Länder
0 (46% - 50%):	5 Länder
- (39% - 45%):	3 Länder
-- (38% oder weniger):	4 Länder (UK: 26%)

8. Vertrauen in die Europäische Union (EU-25: 41%)

++ (51% oder mehr):	8 Länder (Griechenland: 68%)
+ (4% - 50%):	5 Länder
0 (39% - 43%):	7 Länder
- (32% - 38%):	2 Länder (Polen: 32%, Deutschland: 35%)
-- (31% oder weniger):	3 Länder (UK: 19%, Schweden: 29%, Österreich: 31%)

Das Ausmaß an Befürwortung konkreter Politikinhalte in der EU bzw. die Einschätzungen der EU und Vertrauen sind **nicht als Kriterien für „brave“ und „schlechte“ Europäer zu sehen** – also **kein „Länderranking“ im üblichen Sinne**. Analoges versteht sich für die folgende verdichtete Darstellung aller 8 Indikatoren (ausgenommen ist die schon erwähnte Sichtweise der EU-Erweiterung). Vielmehr handelt es sich um eine Art **Landkarte EU-bezogener Einstellungen** zum gegenwärtigen Zeitpunkt, die 5 Einstellungstypen (A – E) unterscheidet:

Typus A „starke überdurchschnittliche Zustimmung“ (mehr als 525 Punkte):

Hier verbindet sich eine stark positive Bewertung der EU und hohes Vertrauen mit einer zumeist hohen Zustimmung politischer Vorhaben der Union: dazu zählen im Februar/März 2004 Luxemburg, Griechenland, Irland (Ausnahme Verfassung und gemeinsame Sicherheitspolitik), Spanien, Belgien und Italien.

Typus B „überdurchschnittliche Zustimmung“ (480 - 510 Punkte):

In diesem Typus dominiert überdurchschnittliches Vertrauen und die Perzeption der Mitgliedschaft als vorteilhaft, auch konkrete Vorhaben wurden im Regelfall stark unterstützt (Ausnahme Portugal), schon stärker variiert die Beurteilung der Mitgliedschaft als gute Sache. In diesem Cluster finden sich vier neue (Zypern, Slowenien, Ungarn, Slowakei) und zwei alte Mitgliedsländer (Niederlande, Portugal).

Typus C „Durchschnitt der EU-25“ (435 – 460 Punkte):

Mit Frankreich, Litauen (letztes gutes Gesamturteil, Zurückhaltung bei Außen- und Sicherheitspolitik), Polen und Deutschland (beide mit Vorbehalten im Gesamturteil und Vertrauen, aber eher überdurchschnittliche Zustimmung zu konkreten EU-Vorhaben).

Typus D „unterdurchschnittliche Zustimmung“ (380 – 430 Punkte):

Die Einschätzung der EU und ihrer Institutionen ist eher mäßig (Ausnahmen Malta und Dänemark), jene konkreter Politikinhalt zumeist positiv. Hier finden sich neben Malta und Dänemark auch Finnland, Lettland und die Tschechische Republik.

Typus E „stark unterdurchschnittliche Zustimmung“ (weniger als 350 Punkte):

Das Globalurteil über die EU ist kritisch gefärbt – nur mehr Minderheiten sehen Vorteile für ihr Land oder die Mitgliedschaft als eine gute Sache, die Vertrauenswerte sind mäßig bis gering: konkrete politische Vorhaben finden (Ausnahmen: Euro in Österreich und gemeinsame Sicherheitspolitik in Estland) nur unterdurchschnittliche Befürwortung. Estland, Österreich, Schweden und des Vereinigten Königreichs (letzteres noch deutlicher als die anderen drei) zeigen sich besonders skeptisch.

Diese Typologie bietet zum einen die Möglichkeit einen raschen Überblick über die dominierenden Einstellungen in den 25 Mitgliedstaaten, zum anderen aber eine Herausforderung für tiefergehende Analysen seitens der Union, der nationalen Institutionen und der Wissenschaft: welche Faktoren zeichnen für die aufgezeigten Einstellungsmuster verantwortlich und welche Chancen und Wege bestehen für ihre Veränderung?

Tabelle: Einstellungen zur EU, ihren Institutionen und ihrer Politik im Überblick II

Abweichung vom Durchschnitt der EU-25	EU-Mitgliedschaft		Vertrauen		Befürwortung		Befürwortung gemeinsame	
	von Vorteil	gute Sache	in EU	in EK	Verfassung	Euro	Außenpolitik	Sicherheitspolitik
Luxemburg	++	++	++	++	++	++	++	+
Griechenland	++	++	++	++	+	+	++	+
Irland	++	++	++	++	-	++	0	--
Spanien	++	++	++	+	+	++	+	0
Belgien	++	++	+	++	+	++	+	+
Italien	0	+	++	++	++	+	++	+
Zypern	+	-	++	0	+	+	++	++
Slowenien	++	-	+	+	+	++	++	+
Ungarn	++	0	++	++	++	+	+	+
Slowakei	+	0	+	+	0	+	+	+
Portugal	++	+	++	+	-	+	-	-
Niederlande	+	++	0	+	+	0	+	+
Frankreich	0	-	0	+	0	+	0	0
Litauen	+	+	+	-	--	+	-	-
Polen	0	-	-	0	0	0	+	+
Deutschland	-	0	-	-	+	0	+	+
Finnland	0	0	0	++	--	++	--	--
Malta	+	+	+	0	-	--	--	--
Lettland	0	--	0	--	-	--	0	+
Dänemark	++	+	0	0	--	--	--	--
Tschechien	0	-	0	--	--	-	-	+
Estland	-	--	0	-	-	-	-	+
Österreich	--	--	--	--	-	+	-	--
Schweden	--	--	--	0	--	--	--	--
United Kingdom	--	--	--	--	--	--	--	--

Quelle: EUROBAROMETER 61 (Feb./März 2004)